

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 12/11 Jahrgang 60



25. Journalistentag: Unter Einfluss

inhalt

titelthema 25. Journalistentag

8 Strippenzieher in gefährlicher Nähe
Wer nimmt Einfluss auf journalistische Themen?

aktuell

- 4 Unvergessen: Jutta Klebon**
- 4 Fotografentag der dju in Hannover 2012**
- 4 kurz und bündig**
- 5 Streikerfolg**
Gesprächsbereitschaft beim Schwarzwälder Boten
- 5 Neuer Fachbereichsleiter in Niedersachsen-Bremen**

kolumne

6 Gift für die Vielfalt
Bundesregierung will auf Verlegerverlangen Pressefusionskontrolle lockern

porträt

7 Die Aufklärerin
Wie die Journalistin Andrea Röpke rechte Strukturen aufdeckt

print

- 12 Geschäfte mit Print**
Madsack auf dem Weg zum Medien-Großkonzern
- 14 Siegreicher Fehlerteufel**
- 14 Ein wenig mehr Geld**
Tarifabschlüsse Zeitschriftenverlage und Buchhandel
- 14 Schon entdeckt? Drehscheibe**

rundfunk

- 16 Durchbruch bei Radio Bremen**
- 16 Auf Dauer nicht lebensfähig**
- 20 Sendeschluss**
Empfang über Satellit bald nur noch digital

jugend

16 In Echtzeit
Jugendmedientage zwischen Liveticker und Twitter

film

18 Tarifabschluss für Filmschaffende



- 18 Viele Anträge abgelehnt**
Umfrage des BundesFilmVerbandes in ver.di ist ausgewertet
- 19 Keine Einigung**
Gespräche zwischen AG Dokumentarfilm und ARD auf Eis gelegt

recht

21 Unter Verdacht
Göttinger Radioredakteur vom Verfassungsschutz beobachtet

Castor-Journalisten

Von Thomas Klatt | Auch in diesem Jahr kam es während des Castor-Transportes wieder zu unakzeptablen Eskalationen, die der Aufklärung bedürfen. Die dju klagt, dass ein Fotograf von Beamten gezwungen wurde, Porträt-Bilder von Polizisten zu löschen, die während eines Einsatzes gemacht wurden. Ein anderer Kollege soll von der Polizei mit dem Schlagstock malträtiert worden sein, obwohl dieser als Journalist klar erkennbar war. Das Medien-Magazin Zapp dokumentierte, wie einem Fotografen Pfefferspray ins Gesicht gesprüht wurde. Aber auch die Polizeipressestelle klagt, dass sich ein Journalist bei einer Gleisblockade beteiligte und so seine journalistische Berichtsposition verlassen haben soll. Ihm wurde seine Akkreditierung aberkannt. Ärgerlich auch, dass die Polizei immer wieder behauptet, Presseausweise seien von jedem käuflich zu erwerben und somit sei für die Beamten nicht unbedingt klar, ob nun ein Journalist ein Journalist sei. Allerdings nur weniger als einem halben Dutzend Antragstellern wurde die Polizei-Akkreditierung verweigert. Im Übrigen hätte man auch ohne dieses laminierte Dokument berichten können, heißt es bei der Polizei vor Ort. Dumm nur, dass man ohne diese polizeiamtliche Beglaubigung der journalistischen Profession noch schwieriger durch die ständigen Polizeikontrollen kam.

kommentiert

Am Ende muss man aber insgesamt eine positive Bilanz des diesjährigen Castor-Transportes ziehen. Gut 700 bei der Polizei akkreditierte Journalisten trafen auf 20.000 Beamte in Uniform und Kampfmontur und auf mindestens ebenso viele Demonstranten in einer Dauerstress-Situation, ohne in ihrer Berichterstattung grundsätzlich behindert worden zu sein. Der Gorleben-Protest in diesem Jahr war vor allem ein Beispiel für gelungenen Bürger-Journalismus. Das mobile Castor-TV lieferte live-Bilder direkt von der Strecke, der Castor-Ticker meldete Neuigkeiten im Minutentakt, Castor-radiofreieswendland sendete auf unterschiedlichen UKW-Frequenzen. Bis zu 60 Journalistik- und Fotografiestudentinnen und -studenten berichteten gleichzeitig aus einer Scheune bei Dannenberg. Mit Unterstützung der dju-Hochschulgruppe Hannover und der Jungen Presse Niedersachsen waren sie „the gorleben project“, Jungjournalisten gaben jeden Tag ein E-Paper nebst 8-seitiger Gorleben-Zeitung heraus, die reißenden Absatz fand. Nach dem Castor ist vor dem Castor. Der nächste Atommüll-Transport kommt bestimmt. Fragen wie die Endlagersuche oder die erhöhten Strahlenwerte im Zwischenlager sind längst noch nicht beantwortet. Wollen wir hoffen, dass Gorleben auch in der Zwischenzeit Berichtsthema für die Bürger-, Nachwuchs- und Profijournalisten bleibt.

bildung

22 Gegen das Vergessen

Digitalisierung des Kulturerbes: Von lokalen Projekten bis zur Weltbibliothek

internationales

24 So viel Heimlichkeit

Südafrikaner beschließen Gesetz zur Informationsunterdrückung

25 Klares Signal an die Freiheit

Jemenitische Journalistin Tawakkul Karman erhält Friedensnobelpreis

25 Neue Welle der Gewalt gegen Journalisten

rubriken

26 Service

27 Impressum

28 Leute

Preise sind auf der M-website veröffentlicht: <http://mmm.verdi.de>

Auf zu neuen Gipfeln

War es ein erfolgreiches Jahr, das 2011er? Folgen wir Theodor Fontane: „Am Mute hängt der Erfolg“, kann diese Frage für die Medienleute in ver.di durchaus bejaht werden. Mutig und entschlossen, sind Tausende Redakteurinnen und Redakteure auf die Straße gegangen, um Tariffabbau abzuwehren. An ihrer Seite freie Journalisten und Volontärinnen, auch Verlagsangestellte und Drucker, die sich ebenfalls im Tarifkampf befanden. Im Fokus stand der Wert des journalistischen Berufs. Auf den hatten es die Verleger abgesehen, vor allem eine Absenkung des Tarifniveaus für Berufseinsteiger um bis zu 25 Prozent war ihr Begehr. Sie scheiterten! M berichtete ausführlich.

Vielschichtig spiegelte sich auch 2011 in M-Berichten das Ringen um Anerkennung und Verbesserung der Profession von Journalisten, Filmemacherinnen, Rundfunktechnikern, Schauspielerinnen ... Auf der einen Seite die stete Auseinandersetzung mit Arbeitgebern, die Tarifflicht begehren, auf Leiharbeit setzen; die Vergütungsregeln für Freie nach wie vor

nicht anwenden. Zu den professionellen Rahmenbedingungen gehören auch medienpolitische Entscheidungen und Gesetzesnovellierungen: In die bringt ver.di seine Kompetenz ein – etwa beim Urheberrecht, der Pressefusionskontrolle (s. auch S. 6) oder den Rundfunkstaatsverträgen. Auf der anderen Seite das Ringen um bessere Qualität der Arbeit. Sie wird u.a. dokumentiert durch den 25. Journalistentag der dju / Fachgruppe Medien am letzten Novemberwochenende. Das Thema „Unter Einfluss!“ zeigt seine Aktualität angesichts der „neuesten Enthüllungen“ über die Neonaziszene und der nunmehr so häufigen Medien-Informationen darüber. Ganz zu schweigen, von den plötzlich so „erfolgreichen“ Erkenntnissen der behördlichen Ermittler, die in den letzten zehn Jahren nicht möglich waren. Wer setzt die Themen? Wer hinterfragt schwache Informationen oder umfangreiche Studien, verzerrende PR und einseitige Beeinflussung etwa durch die Neue Initiative Soziale Marktwirtschaft oder die Pharmaindustrie? Spannende Fragen

des Journalistentages, die auch in der Erkenntnis gipfelten „sich selbst an die Kandare zu nehmen“ und wieder mehr Mut beim Hinterfragen zu beweisen (Titel S. 8–11).

„Der Mensch kann wohl die höchsten Gipfel erreichen, aber verweilen kann er dort nicht lange“, so George Bernard Shaw. Also Blick nach vorn auf die Mühen der Ebenen bis zum nächsten Gipfel. Im neuen Jahr wird M mit acht Ausgaben erscheinen. Dennoch wird mehr Inhalt versprochen und das in einem luftigeren Layout. Besonders die Website <http://mmm.verdi.de> kommt nicht mehr so schlicht daher, wird mehr Service bieten. Eine weitere Wandlung wird sie mit dem Relaunch des ver.di-Webangebots bis zum Ende des nächsten Jahres erfahren. Wie das alles geht? Lassen Sie sich / lasst Ihr Euch überraschen, liebe Leserinnen und Leser. Im Februar ist es so weit. Bis dahin wünscht die Redaktion eine gute Zeit und einen fröhlichen Jahreswechsel!

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

& aufgespießt

Der ehrbare Kaufmann

Von Carlota Soto | Einen „innovativen Zeitungsverleger“ habe man geehrt, teilt die „Internationale Martin Luther Stiftung“ aus Erfurt mit. Am 10. November 2011, an Luthers 528. Geburtstag, erhielt Dr. Dirk Ippen, Verleger unter anderem des Münchener Merkurs und – direkt oder indirekt – mehrerer hessischer Tageszeitungen, in Berlin die „Luther-Rose 2011 für gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmercourage“. In Ippen ehre man eine Persönlichkeit, die – wie es im Text zur Preisverleihung heißt – „in beispielgebender Weise mit ihrem Leben und beruflichen Wirken die reformatorische Tradition von Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl eingesetzt“ hat.

Die 4. Luther-Konferenz zur Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft stand – mit Bezug auf das aktuelle Themenjahr der Lutherdekade unter der Überschrift: In der Freiheit eines Christenmenschen Unternehmercourage leben.

Falls die Stiftung mit der „Unternehmercourage“ insbesondere Ippens Beiträge zur Zerstörung des Flächentarifvertrags ehren wollte, dann hat er auf jeden Fall den Preis verdient. In Hessen ist die Ippen-Gruppe mit sämtlichen Zeitungstiteln aus den *Tarifen ausgestiegen*. Bei der *Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen*, der *Hersfelder Zeitung* und bei der *Offenbach Post* hat sich der Christenmensch Ippen die Freiheit genommen, den

Beschäftigten statt Tarifen Einzelverträge vorzulegen, die zum Beispiel in Offenbach den Angestellten und Arbeitern seit dem 1. Oktober fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit abverlangen. In Bad Hersfeld und in Kassel werden Redakteurinnen und Redakteure und Volontärinnen und Volontäre bereits seit längerem nur noch mit untertariflichen Bedingungen eingestellt. Handeln so ehrbare Kaufleute? Als solchen hat in seiner Laudatio John C. Kornblum, Vorstandsmitglied der Luther-Stiftung, den Ausgezeichneten geehrt: Die „norddeutsche Festigkeit, die Prinzipientreue des Protestantentums und die daraus erwachsenden Werte eines ehrbaren Kaufmanns“ bildeten „die Fundamente seines Schaffens“. Preisträger Ippen selbst verwies auf „Verantwortung aus christlicher Gebundenheit“ und darauf, dass es zum Unternehmerdasein gehöre, sich selber zu kennen, und auch die eigenen Fehler nicht zu verschweigen. Auch dies sei ein Kennzeichen der „Freiheit eines Christenmenschen.“

Die Berufung der Preisverleiher auf Luther ist letztlich wohl kein Missverständnis. Luther übernahm in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ auch Auffassungen des Paulus aus dessen 1. Brief an die Korinther. Darin rät Paulus den Sklaven dazu, sich nicht gegen ihre christlichen Herren zur Wehr zu setzen (1 Korinther 7, 21–24).

Unvergessen

Jutta Klebon ist tot. Ohne Vorwarnung hat sie eine heimtückische Krankheit mitten aus dem Leben gerissen. Am 17. November starb Jutta nach kurzem Krankenhausaufenthalt. Sie wurde nur 53 Jahre alt.

Jutta gehörte zu den Menschen, für die Gewerkschaftsarbeit Lebensinhalt ist. Sie hat sich bis zuletzt aufgerieben in der Arbeit und besonders in den Tarifkämpfen – ob bei den Auseinandersetzungen der Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen, im öffentlich-rechtlichen oder privaten Rundfunk, bei Verlagsangestellten oder in der Druckindustrie. Sie kannte das Gefühl nur zu gut, in heißen Phasen allein Verantwortung als „Hauptamtliche“ zu tragen, über die Maßen gefordert zu sein. Aber sie wusste auch, dass sie sich auf „ihre“ Ehrenamtlichen und auf die Mitglieder verlassen konnte.

Selbst nach fast 20 Jahren Arbeit als Gewerkschaftssekretärin merkte man, dass Jutta der betriebliche Alltag nicht fremd war. Schon vorher in Hamm hatte sie ihre Frau gestanden: als Schriftsetzerin, Vertrauensfrau, Betriebsratsvorsitzende, Kollegin. 1992 wurde sie eine der ersten hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärinnen – gewählt vom Landesvorstand der damaligen IG Medien. Mit ver.di-Gründung übernahm sie die Verantwortung für den Medienbereich und die Medienpolitik im Fachbereich 8 und setzte ihre gewerkschaftliche Arbeit fort.

Juttas Tod hinterlässt Trauer, Betroffenheit und den Wunsch, ihr danken zu können: für den Einsatz bis zum Geht-nichtmehr, für all die Ideen, für ihre menschliche Wärme. *ise* ■



Foto: Jürgen Seidel

4. Februar 2012 von 10 bis 16 Uhr in der Fachhochschule Hannover

4. Fotografentag der dju in Hannover Motto: Geht's noch?



Fachbereich Design und Medien • Hörsaal Schwitters-Forum • EXPO-Plaza 2 • 30539 Hannover

Geht's noch?

Diese Frage stellten wir den Verlagen angesichts ihrer Ideen über neue AGBs für Fotografen. Die Gerichte fragten wir: „Geht das denn so?“ Und siehe da: „Nein, so geht es nicht“. Eine Übersicht der Ergebnisse laufender AGB-Prozesse. Referent: RA Prof. Christian Donle

Vielleicht geht es so?

Fundraising – Finanzierung von fotografischen Themen. Referentin: Katharina Mouratidi

Es geht auch anders!

Selbstorganisation von Fotografen am Stuttgarter Beispiel „Gegenlicht 21“. Unter diesem Namen leistet ein Netzwerk engagierter Fotografen seinen künstlerischen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“. Referent: Jo Röttger

Verbindliche Anmeldung bis 20. Januar 2012

per E-Mail an: andje.raudszus@verdi.de, per Telefax an: 030.69 56-3657 oder Brief an: ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich 8 · dju, Medien und Publizistik · 10112 Berlin



Foto: Joe E. Roettgers / Graffity

Kurz und bündig

ver.di-Pressestelle | Nach dem Wechsel von Pressesprecherin Cornelia Haß (39) in die Bundesgeschäftsführung der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di ist jetzt Christiane Scheller (40) neu im Team. Die Journalistin war zuvor Internetredakteurin bei ver.di und zuletzt Projektleiterin für den Relaunch von verdi.de. Außerdem stehen weiterhin der Leiter der Pressestelle, Christoph Schmitz sowie Martina Sönnichsen und Jan Jurczyk für Medien-Anfragen zur Verfügung. www.presse.verdi.de

Die Gelbe Hand | Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ engagiert sich seit seiner Gründung vor 25 Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsex-

tremismus. Bereits zum sechsten Mal wird zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aufgerufen. Gefragt sind Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt. Kontakt: „Mach' meinen Kumpel nicht an!“ e.V. Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf. Telefon: 0211/43 01-193, Fax: 0211/43 01-134, info@gelbehand.de, www.gelbehand.de

Hörpol | Nach wie vor gibt es in Berlin die ungewöhnliche Audioführung Hörpol über jüdische Geschichte, gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit vielen Zeitzeugen (M 04/2010). Interessant für jedermann ist Hörpol besonders für Schulklassen geeignet. www.hörpol.de

Streikerfolg

Gesprächsbereitschaft beim Schwarzwälder Boten

Am 87. Streiktag (24. November) beim *Schwarzwälder Boten* ist ver.di in einem Gespräch zwischen Richard Rebmann, Konzerngeschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH), und Leni Breymaier, ver.di Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, ein großer Schritt in Richtung Deeskalation gelungen. „Es war ein konstruktives Gespräch mit dem gemeinsamen Ziel, zu einer Lösung zu kommen“, so Breymaier: „Strecke und Ziel sind nun klar beschrieben. Der Belag wird jetzt ausgehandelt werden.“



Foto: Bernd Mann

300 Kolleginnen / Kollegen kamen zur Solidaraktion vor dem Hochhaus des Süddeutschen Verlages in München am 17. November

Vereinbart wurden unverzügliche Sondierungsgespräche mit dem Ziel zur Aufnahme von Tarifverhandlungen. Für den *Grafik-Boten*, der zum 30. Juni 2012 geschlossen werden soll, wird es einen Anerkennungstarifvertrag der Druckindustrie geben. Mit der Aufnahme von Tarifverhandlungen werden die Streiks ausgesetzt.

In einer Streikversammlung vor dem Stuttgarter Pressehaus sagte Leni Breymaier im Anschluss: „Dies ist der Erfolg der Streikenden. Ich verneige mich vor euch.“

Bereits Ende März 2011 hat ver.di die Geschäftsführungen der *Schwarzwälder Bote* Redaktionsgesellschaft, der Medienvermarktung Südwest GmbH und des *Grafik-Boten* Oberndorf zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Zuvor waren die drei Bereiche aus der *Schwarzwälder Bote* Mediengesellschaft ausgegliedert worden. Die dort arbeitenden 350 Beschäftigten unterliegen seitdem keiner Tarifbindung mehr. Bisher weigerten sich die Geschäftsführungen Tarifverhandlungen mit ver.di zu führen. Stattdessen gab es Bestrebungen der Geschäftsführung unter Freien, Streikbrecher zu verpflichten.

www.taz.de/Freie-Journalisten-sollen-Streik-aushebeln/

Der *Schwarzwälder Bote* gehört neben der *Stuttgarter Zeitung*, den *Stuttgarter Nachrichten* und der *Süddeutschen Zeitung* zum Konzern der SWMH, eine der drei größten Zeitungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Solidaritätskundgebungen in Stuttgart, München sowie am Konzernstandort Heidelberg bei den Tochterunternehmen des Süddeutschen Verlages Hüthig Verlag und Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm stellten sich die Beschäftigten an die Seite ihrer Kolleginnen und Kollegen vom *Schwarzwälder Boten*. PM/Red. ■



Foto: Henrick de Boer

Neuer Fachbereichsleiter in Niedersachsen-Bremen

Der ver.di-Fachbereich Medien, Kunst und Industrie im Landesbezirk Niedersachsen-Bremen hat einen neuen Leiter: Der Vorstand wählte am 5. November 2011 mit klarer Mehrheit für Lutz Kokemüller (53). Der gelernte Bankkaufmann kam 1983 über ehrenamtliche Betriebsratsarbeit zur Gewerkschaft DAG. Dort bekleidete er bis zur ver.di-Gründung verschiedene Funktionen auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Danach wurde er stellvertretender ver.di-Geschäftsführer im Bezirk Bremen-Land. Von 2004 an wirkte der Vater von drei Kindern als fachbereichsübergreifender Tarifkoordinator im Bezirk Lüneburger Heide, hatte zudem als Betreuungssekretär wechselnde Zuständigkeiten für die verschiedenen Fachbereiche. Kokemüller folgt auf Amadore Kobus. Die bisherige Landesfachbereichsleiterin hatte aufgrund langer, schwerer Erkrankung um die Entbindung von ihren Aufgaben gebeten. Der Landesfachbereichsvorstand dankte Kobus für die seit ver.di-Gründung geleistete Arbeit und verabschiedete sie mit minutenlangem Beifall. (HdB) ■

Anzeige

Für Ihre Zukunftsplanung

PresseRenten
Was sonst!

2012



Ausgezeichnete Vorsorge für die Medienbranche

Presse-Versorgung
presse-versorgung.de/mm

Gift für die Vielfalt

Bundesregierung will auf Verlegerverlangen Pressefusionskontrolle lockern

Von Stephan Kolbe | Das stete Rufen und Fordern der Verleger war erfolgreich: Die Bundesregierung plant Erleichterungen bei der Pressefusionskontrolle. Doch damit wird der Pressemarkt nicht gerettet – und die Vielfalt schon gar nicht.

Aus gutem Grund hat der Staat ein Auge auf Unternehmensfusionen und behält sich vor, im Sinne des Wettbewerbs ab einer bestimmten Größe über Fusionen selbst zu entscheiden. Geregelt ist dies im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Das legt fest, dass jede Fusion vom Bundeskartellamt genehmigt werden muss, sobald die fusionierenden Unternehmen gemeinsam mehr als 500 Mio. Euro weltweit umsetzen.

Für Presseverlage sind die Regelungen noch strenger: Hier prüft das Kartellamt Fusionen bereits ab einem gemeinsamen Umsatz von 25 Mio. Euro. Die so genannte Aufgreifschwelle ist also zwanzigmal so hoch wie bei allen anderen Unternehmen. Gäbe es nicht das Kartellamt, so sähe es heute um die Pressevielfalt in Deutschland schon ganz anders aus. Es half, Pressekonzentration und Zeitungssterben einzudämmen.

■ Anhebung der Aufgreifschwelle

Was wir heute an Zeitungsvielfalt in Deutschland haben, gerät nun weiter in Gefahr. Denn die Bundesregierung plant eine deutliche Anhebung der Aufgreifschwelle und hat dies als kleinen, aber keineswegs nebensächlichen Teilaspekt im Rahmen einer anstehenden GWB-Novelle untergebracht (Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums vom 04.11.2011).

Demnach soll das Kartellamt bei Pressefusionen nicht mehr ab einem gemeinsamen Umsatz von 25 Mio. Euro, sondern erst ab 62,5 Mio. Euro tätig werden. Bezeichnenderweise hat das Wirtschaftsministerium bei diesem Vorhaben eins zu eins eine Forderung der Verlegerverbände Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und Verband Deutscher Lokalzeitungen (VDL) übernommen. Ihr langjähriges Trommeln hat sich ausgezahlt.

Damit erweitere man angemessen die Spielräume der Verlage zur Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Basis durch Zusammenschlüsse und steigere ihre Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Medien, so die Begründung im Gesetzentwurf. In der Tat aber wird das Vorhaben zwar die Wett-

bewerbsfähigkeit einiger Verlage erhöhen, vor allem aber so manche kleinere Verlage durch Fusionen vom Markt verschwinden lassen.

Dabei hat sich die strenge Pressefusionskontrolle bewährt, wie ein Blick auf die Entwicklung der so genannten publizistischen Einheiten zeigt. Darunter werden alle Zeitungstitel zusammengefasst, die einen vollständig gleichen oder in wesentlichen Teilen identischen Mantel aufweisen. Je weniger publizistische Einheiten es gibt, desto größer ist die Pressekonzentration und desto geringer die publizistische Vielfalt. Nach Zahlen (letzter Stand 2008) von Pressestatistiker Walter J. Schütz, hat die Einführung der Pressefusionskontrolle 1976 die Zahl der publizistischen Einheiten einigermaßen stabilisiert und die rapide Abnahme (zwischen 1954 und 1976 sank die Zahl der publizistischen Einheiten um fast die Hälfte) gestoppt.

Werden Fusionen nun erleichtert, führt dies aber unaufhaltsam zu weniger publizistischen Einheiten. Darüber hinaus wird die Zahl der so genannten Ein-Zeitungs-Kreise (Kreise und kreisfreie Städte mit nur einer Lokalzeitung) weiter zunehmen. Schon heute bestehen satte 60 Prozent des Zeitungsmarktes aus Ein-Zeitungs-Kreisen, Ende der 1960er Jahre war es nur ein Viertel (Schütz 2008). In Großstädten wie Kiel, Braunschweig oder Karlsruhe gibt es heute nur noch eine Tageszeitung.

Wer vor diesem Hintergrund die Regelungen für Pressefusionen lockert, garantiert eine weitere Abnahme publizistischer Vielfalt. Die Aufgabe der Presse in der Gewährleistung eines pluralistischen Meinungsbildes und der politischen Willensbildung wird somit zunehmend unterhöhlt.

■ Weitere Forderungen abwehren

Den Verlegern reicht die Anhebung der Aufgreifschwelle aber längst nicht aus. BDZV und VDL haben den Gesetzentwurf als nicht weitreichend genug kritisiert. Vielmehr sollen bei der Berechnung der Schwellenwerte künftig nur noch Anzeigen- und Vertriebslöse berücksichtigt werden, nicht aber mehr andere Geschäftsbereiche wie Auftragsdruck oder Briefzustelldienste. Doch auch diese tragen zu den Umsätzen bei und eröffnen oft erst den finanziellen Spielraum für Über-

nahmen. Es gibt deshalb keinerlei Rechtfertigung, warum das Kartellamt, das prinzipiell alle Unternehmenserlöse berücksichtigt, für Presseverlage eine Ausnahme machen sollte.

Deutlich weitreichender aber ist die Forderung nach so genannten Nachbarschaftsfusionen. Die Verlegerlogik: Wenn Nachbarschaftsverlage nachweisen können, dass sie zehn Jahre nicht miteinander im Wettbewerb standen, sollen sie fusionieren dürfen. Ein solcher Vorschlag führt das Wettbewerbsrecht geradezu ad absurdum. Letztlich bedeutet er nichts anderes, als dass Absprachen zwischen Verlagen und die ohnehin bestehende Praxis von „seit Jahrzehnten abgesteckten Verbreitungsgebieten“ (Schütz) vom Kartellamt auch noch honoriert würden.

In sich hat es auch die Forderung nach Sanierungsfusionen. Danach sollen Fusionen erlaubt werden, wenn ein Verlag „auf Dauer negative Betriebsergebnisse“ zu erwarten hat – und nicht erst, wie das geltende Recht vorgibt, der reale Marktaustritt bevorstehen muss. Auf diese Weise könnten Verlage aber Sanierungsfälle konstruieren, um eine Fusion kartellrechtlich zu ermöglichen.

Dass solche Verlegerforderungen Gesetz werden, gilt es abzuwehren. Stattdessen sollten die Verlage stärker die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle vorantreiben. Auch bestimmte Maßnahmen der Presseförderung, wie es sie in anderen Ländern gibt, sollten ernsthaft diskutiert werden. Die publizistische Vielfalt aber aufs Spiel zu setzen, um mangelnde Wettbewerbsfähigkeit von Verlagen auszugleichen, kann nicht im Sinne der Pressevielfalt und damit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein. ■





Foto: Eckhard Stengel

Die Aufklärerin

Wie die Journalistin Andrea Röpke rechte Strukturen aufdeckt

Von Eckhard Stengel | Hier muss es sein. Ein unscheinbares Haus auf dem Lande bei Bremen. Kein Klingelschild, kein Name am Briefkasten, drinnen bellen Hunde: kleine Vorkehrungen gegen ungebetenen Besuch. Andrea Röpke (46) hat gute Gründe, auf der Hut zu sein: Die freie Fachjournalistin gehört zu den wenigen, die sich auf Rechtsextremismus spezialisiert haben – und deshalb mit Übergriffen rechnen müssen.

Eigentlich hat Röpke an diesem Vormittag keine Zeit für ein Gespräch mit der „M“. Alle paar Minuten klingelt eines ihrer Telefone. Die Nachricht vom Zwickauer Rechtsterroristen-Trio ist erst wenige Tage alt, und viele Redaktionen brauchen jetzt die Zuarbeit der investigativen Text- und Bildjournalistin: hier ein Studiogespräch, dort eine Hintergrundinformation, und bitte auch noch eine Szene aus ihrem Filmarchiv. Für Vorträge über Neonazis ist jetzt ebenfalls Hochkonjunktur.

„Sonst laufe ich oft gegen geschlossene Türen oder werde nur belächelt“, erzählt Röpke in ihrem Arbeitszimmer zwischen Papierstapeln und wandhohen Bücherregalen. „Aber jetzt laden sie uns alle ein wie verrückt.“

Sie sagt gerne „uns“ oder „wir“, denn sie arbeitet viel im Team. Zum Beispiel mit dem freien Journalisten Andreas Speit beim Schreiben von Büchern wie „Neonazis in Nadelstreifen“. Wenn Röpke rechte Zeltlager oder Skinhead-Konzerte beobachtet, sind Kameraleute mit starkem Teleobjektiv dabei oder auch mal Kollegen, die sich mit versteckter Kamera ins Getümmel wagen. Sie selbst ist inzwischen so bekannt, dass sie lieber am Rande bleibt.

Aber das schützt sie nicht vor Übergriffen. Ständig Beschimpfungen und

Bedrohungen, einmal auch zerstochene Autoreifen. Nach einem Vortrag wurde sie mal bis vor ihr Haus verfolgt. Am schlimmsten aber war es 2006 beim „Märkischen Kulturtag“ der (inzwischen verbotenen) „Heimattreuen Deutschen Jugend“. Da wurde sie bis in einen Supermarkt verfolgt und niedergeschlagen. Der Haupttäter musste später eine Geldstrafe zahlen. Röpke, seit fast 30 Jahren Gewerkschaftsmitglied, konnte dank ver.di-Rechtsschutz als Nebenklägerin auftreten. Auch bei Verfahren gegen sie hilft die Gewerkschaft erfolgreich: „Ich habe einen ganzen Ordner mit Anzeigen und Klagedrohungen, die uns einschüchtern sollen.“

Warum tut sie sich das alles an? „Ich bin ein sozial denkender Mensch“, sagt die gebürtige Niedersächslerin. Aufklären und warnen, Strukturen aufdecken, Lokalpolitiker aufrütteln, bei Gesprächen in Schulklassen Vorbeugung leisten, „zivilgesellschaftliches Engagement und Courage stärken“ – das ist ihr Metier, ihre Sisyphus-Arbeit. Nein, sie hält nichts vom Hajo-Friedrichs-Spruch, dass sich Journalisten mit keiner Sache gemein machen dürfen, auch keiner guten.

Zu ihrem Traumberuf kam sie über Umwege. Als junge Frau vom Lande lernte sie zunächst Bürokauffrau in einem Zeitungsverlag. Aber dann holte sie das Abitur nach und studierte in Bremen Politik. „Ich war auf der Suche nach einem Thema, einer Aufgabe für mich.“ Einmal belegte sie einen Kurs über die Karrieren von NS-Tätern nach 1945 – und hatte ihr Thema gefunden. Erst Altnazis, später auch Neonazis. Seitdem ist sie passives Mitglied in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), aber parteilos und unabhängig.

Bereits während des Studiums schrieb sie für *Der Rechte Rand* und fand Kontakt zu investigativen Journalisten. Schon ein Jahr nach dem Diplom bekam sie einen Großauftrag vom *Stern*: 1995 schmuggelte sie sich in ein SS-Treffen in Österreich ein. Heute arbeitet sie zum Beispiel auch für „Spiegel TV“, „Panorama“, die *SZ* oder die Bundeszentrale für politische Bildung.

Röpke – mehrfach preisgekrönt, aber ziemlich uneitel – schreibt nicht mit Schaum vorm Mund. Sie ist hartnäckig, wirkt jedoch nicht verbissen. Manchmal scheint sie sich sogar besser auszukennen als der Verfassungsschutz. Doch von der Neonazi-Mordserie wurde selbst sie überrascht. „Die untergetauchten drei waren schon immer ein Begriff für mich“, sagt Röpke zwar. „Aber dass die eine solche Blutspur hinter sich ziehen würden“ – in dem Ausmaß, damit hatte sie nicht gerechnet. Sicher, bei dem Nagelbombenanschlag in Köln war ihr erster Gedanke: „Das klingt nach rassistischer Tat. Aber wir haben es nicht weiter verfolgt. Vielleicht hätte man sich intensiver mit den Opfern unterhalten müssen“, sagt sie selbstkritisch.

Ob Ermittler mit den Terroristen unter einer Decke steckten? „Das ist journalistisch schwer nachzuweisen“, findet die Rechercheurin. Ihre Kritik am Verfassungsschutz ist grundsätzlicher: Der betreibe eine „totale Verharmlosung der Szene“. Röpke: „Warum unterscheidet er zwischen NPD und Neonazis? Die NPD besteht aus Neonazis!“

Mittlerweile ist Röpke für ein Verbot der Partei. Der Staat müsse ein Zeichen setzen: „Bis hierhin und nicht weiter!“ Auf die V-Leute, die zunächst abgezogen werden müssten, könne man sowieso verzichten. „Wenn die wirklich effektiv wären, dann gäbe es nicht eine so selbstbewusste militante Szene.“ Und die V-Mann-Honorare seien doch „moralisch verwerflich“, denn damit würden die Strukturen noch gestärkt.

Aus Röpkes Sicht wäre sogar der ganze Verfassungsschutz verzichtbar. Auch auf Polizisten ist sie nicht immer gut zu sprechen. „Oft bekommen wir Platzverweise und werden nicht vor Übergriffen geschützt.“ Ein Einsatzleiter fragte mal: „Warum bleiben Sie nicht zu Hause auf dem Sofa?“

Was er nicht wissen konnte: Die 46-Jährige ist tatsächlich ein Familienmensch. Mehr Privates verrät sie nicht. Ausweichend antwortet sie auf die unvermeidliche Frage, ob sie nicht Angst hat vor den Neonazis. Viel gefährdeter, sagt sie, seien doch linke Jugendliche, Gewerkschafter, Migranten oder Obdachlose. All denen will sie mit ihrer Arbeit „den Rücken stärken“. ■

Strippenzieher in gefährlicher Nähe

Fotos vom Journalistentag (S.8–11): Ch. v. Polentz / transifoto.de

Wer zieht die Strippen, wenn es um Themen und Bewertung von Ereignissen in den Medien geht? Wer nimmt Einfluss auf journalistische Schwerpunktsetzung und Kommentierung?

Mit Agenda-Setting – Machen wir das? Oder wer? befasste sich der 25. Journalistentag der dju in ver.di am 26. November 2011 in Berlin.

Von Helma Nehrlich, Bettina Erdmann, Ute C. Bauer



Fast 150 Teilnehmer – Praktiker, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Interessierte – suchten nach Antworten zu einem „berufspolitischen Thema, das im journalistischen Alltag eine Rolle spielt, wie kaum ein anderes“, so der dju-Vorsitzende Ulrich Janßen zur Eröffnung.

Dass Berufspolitik kein Randthema in der Gewerkschaft sei, sondern „eng verknüpft mit dem Kampf um gute Arbeitsbedingungen für feste und freie Kolleginnen und Kollegen“, erklärte Janßen und

benannte knappes Personal, erhöhtes Tempo, verdichtete Arbeit, Aufgabenzuwachs, Überstunden und zunehmende Entgrenzung von Erwerbsarbeit und Privatleben als „Hürden“ auf dem Weg zu journalistischer Qualität. Solche Hürden behinderten im Produktionsdruck des Alltags oft auch die notwendige kritische und selbstkritische Reflexion. Etwa ein Nachdenken über die Frage, unter dem Einfluss welcher Kräfte dort agiert werde, ob Journalisten „ständig interessengesteuerten Fremdeinflüssen ausgesetzt“ oder ihnen gar „ausgeliefert“ sind.

1 ■ Politik

Von „gefährlicher Nähe“ und dem Einfluss lokaler Wirtschafts- und Finanzbosse oder

von Kommunalpolitikern im Lokaljournalismus berichtete Kurt-Peter Christophersen, ehemaliger Lokalchef des *Stader Tageblatts* und später landespolitischer Chefkorrespondent der Redaktionsgemeinschaft Nordsee, an exemplarischen Konflikten aus dem eigenem Arbeitsleben. Dass Journalisten „jeden Tag unter erheblichem Einfluss stünden“, sei „nicht zu beklagen, sondern zu analysieren“, meinte Christophersen und wandte sich Methoden solcher Einflussnahme zu. Die reichten von materieller Belohnung, etwa durch die Bereitstellung von Testwagen durch die Automobilindustrie, über „subtilere“ Wege der Zulieferung kostenfreien Hintergrundmaterials, kaum versteckter PR-Beiträge oder der Zusage von Exklusiv-Interviews bis zur „Hammer-Methode“ des Anzeigenentzugs bei nicht genehmer Berichterstattung. Wichtig sei, „ob Journalisten mental und materiell so ausgestattet sind, dass sie trotz solcher Einflüsse ihre Aufgabe erfüllen: Kritische Öffentlichkeit herstellen, auch wenn es den Interessenträgern nicht passt.“ Zur professionellen Ausrüstung gehöre auch, die ökonomische Kraft der Verlage gegen Anfechtungen aus Wirtschaft und Politik einzusetzen. Gesetzliche Schutzmechanismen stünden ebenso zu Gebote wie die strikte Orientierung am Leserinteresse und der Aufgabe kritischer, unabhängiger Berichterstattung.

Extreme | „Ich weiß nicht, was ich gefährlicher finde: Als Freier ist man nie richtig und länger an einer Sache dran. Das andere Extrem: Bleibt man im Lokalressort zu lange zu fest in einem bestimmten Bereich, könnte es dazu führen, zum politischen Establishment zu gehören.“ (Rüdiger Lühr, Freier)

Korruptionsschutz | „Es geht ja bei journalistischer Arbeit auch um eine Art ‚Korruptionsschutz‘. Wodurch gewinnt man den? Durch vorgeschriebene Rotation, auf einem Posten nicht länger als fünf Jahre zu sitzen? Durch ein ‚Privathausbau-Verbot‘, wie wir das mal vor zwanzig Jahren diskutiert ha-

ben? Ich denke, vor allem durch Qualifikation. Es wäre ein gutes Thema für Volontärskurse, gemeinsam zu reflektieren, wie man sich von Einflüssen freihalten, wie man sie überhaupt erkennen kann.“ (Inez Kühn, ver.di-Bereichsleiterin Medien und Tagungsmoderatorin)

Autorisierungswut | „Die Autorisierungswut, das Freigeben von Zitaten, ist ein Problem. Trotz Aufnahme eines Gesprächs behaupten Interviewte hinterher, sie hätten etwas nicht gesagt. Verweigert man eine Korrektur, hinterlässt man verbrannte Erde.“ (Wolfgang Stieler, Heise Zeitschriften Verlag)

Größe | „Dass eine Verlagslinie Redaktionsthemen bestimmt, ist ein subtiler Mechanismus. So platt läuft das nicht. Einflussnahme ist eher über bestimmte Vorgaben zu spüren, wie groß über ein Ereignis berichtet werden soll.“ (Norbert Freund, Saarbrücker Zeitung)

Occupy-Berichterstattung | „Bei der Berichterstattung über die Occupy-Demonstration hat man abends im Fernsehen harmlose Bilder von ein paar Leuten gezeigt. Vom massiven Polizeieinsatz, bei dem Tausende von der Wiese vor dem Reichstag weggeprügelt wurden, war nichts zu sehen.“

2 ■ Wirtschaft



Referent Thomas Wiegold mit Medien-Bereichsleiterin Inez Kühn

„Innere Pressefreiheit“ und Redaktionsstatute seien dabei hilfreich. Nötig sei aber auch das subjektive Vermögen, sich „nicht einlullen zu lassen“, sich „selbst an die Kandare zu nehmen“, Konflikte nicht aus Bequemlichkeit aus dem Weg zu gehen. „Der Kampf gegen die gefährliche Nähe fängt mit der eigenen Fähigkeit zu kritischer Distanz an“, so der Referent.

■ Schwarzbrot der Demokratie

Zum selben Punkt kam Josef-Otto Freudenreich, bis 2010 Chefreporter der Stuttgarter Zeitung, am Ende seines Referats über politische Einflussnahme bei der Berichterstattung über Stuttgart 21: „Die objektiven Verhältnisse für Berichterstattung sind auch wichtig“, sagte er. „Entscheidend aber ist, was in unseren Köpfen drin ist – ob die Zivilcourage und der Mut fehlen, das durchgedrückte Kreuz, die Kampfbereitschaft, un bequem zu sein und gegen den Mainstream anzuschwimmen.“ Das uneingeschränkte Lob, die unverblühte Hofberichterstattung gegenüber dem „alternativlosen Jahrhundertprojekt“, auf das sich eine „Loge der Macht“ aus Landespolitik, Wirtschaft und Chefredakteuren lange Zeit eingeschworen hatte, kam nach Freudenreichs Wahrnehmung erst am 30. September 2010 endgültig ins Wanken, nachdem die Wasser-

werfer, die überregionale Berichterstattung und die „lokale Medienkonkurrenz im Netz“ eine Fortsetzung nicht mehr zuließen. Seitdem erhielt auch der Widerstand Raum in der Zeitung. Zuvor hatte es zur Durchsetzung einer imaginären Blattlinie pro Bahnprojekt Druck von Vorgesetzten und Einflussagenturen gegeben, der bis in laufende Schreibprozesse reichte, sich aber auch in der Unterdrückung von Nachrichten äußerte. Es habe sich bestätigt: „Wer das Falsche kritisiert, ist besonders beweispflichtig. Wer das Richtige lobt, kriegt eine Gehaltserhöhung.“

Die Masse der Redakteurinnen und Redakteure habe zu wenig Sensibilität und Durchsetzungskraft an den Tag gelegt, Vorgaben einfach mitgetragen und sich dadurch viel zu weit von der Realität und den Menschen auf der Straße entfernt. Wenn eine „funktionierende kritische Presse als tägliches Brot der Demokratie“ nicht mehr existiert, dann laufe etwas ganz gewaltig schief, könne von vierter Gewalt oder Kontroll- und Wächterpflichten der Medien keine Rede sein. Auch das habe sich bei Stuttgart 21 erwiesen, meinte der „Reporter des Jahres“ von 2008, der seinen Job bei der Stuttgarter Zeitung inzwischen quittiert hat und das Thema nun als Redaktionsleiter der Internet-Wochenzeitung Kontext weiter begleitet.

Wie Forschung als Instrument zur Manipulation von Medien und Öffentlichkeit eingesetzt werden kann, war Thema von Günter Bartsch, freier Journalist aus Berlin und Geschäftsführer des Netzwerk Recherche. „Nicht jede Schlagzeile ist eine“, gab der studierte Politologe, der bei der *Allgäuer Zeitung* und der *Augsburger Allgemeinen* gearbeitet hat, zu bedenken. „Journalisten dürfen nicht aus der Verantwortung gelassen werden.“ Zeit für Gegenrecherche muss sein, nach Signalen für Beeinflussung müsse man nicht lange fahnden. Bartsch verdeutlichte am Beispiel vermeintlich seriöser „wissenschaftlicher“ Information aus der Pharma- und der Lebensmittelindustrie dubiose Imagepflege. Die Behauptung, dass in der Massentierhaltung Antibiotika nur therapeutisch und nur unter tierärztlicher Aufsicht verabreicht würden, ließe sich mit ein paar Klicks im Internet widerlegen.

Sehr genau müsse man hinsehen, woher Informationen stammen. Studie ist nicht gleich Studie und Experte nicht gleich Experte. Hinter der Schlagzeile „Walnüsse senken stressabhängigen Blutdruck“ verbirgt sich beispielsweise die Studie eines Direktvermarkters. „Bezahlte Wissenschaftler im Auftrag des kalifornischen Walnussverbandes“, so Bartsch.

Selten hinterfragt würden auch die Informationen der von Tagesschau bis Regionalzeitung allzeit präsenten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Ihr Anspruch „aufzuklären, wie das Wirtschaftssystem funktioniert und das im Kontext gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformthemen in die Schulen zu tragen“ sei, so Bartsch, „höchst problematisch“, denn dahinter stehen BDA und BDI. Ein Blick auf die Homepage bringt Klarheit: Das Institut der Deutschen Wirtschaft versteht sich als „Think Tank“ für Mitglieder und Kunden – also für Lobbyisten.

Dass man in Deutschland so auf Friede, Freude, Eierkuchen macht, regt mich tierisch auf.“ (Lutz Bohn, ver.di-Erwerbslose)

Mittendrin | „Das persönliche Gespräch kommt zu kurz. Trotz aller Zwänge, die Redakteure an den Sitzplatz schrauben: Rausgehen, mittendrin sein ist wichtig.“ (Klaus Schrage, Nürnberg Nachrichten)

Öffentliche Meinung | „Aus Stuttgart 21 kann man Lehren ziehen: Medien allein bestimmen nicht die Meinung. Medien müssen sich auch

öffentlicher Meinung anpassen. Und wir sollten institutionelle Vorkehrungen dafür treffen, dass Journalisten auch mutig sein können.“ (Ulrich Schreyer, Stuttgarter Zeitung)

Zivilcourage | „Zivilcourage, der Begriff brennt mir auf der Seele. Sie ist wichtig für Journalisten. Was aber, wenn die persönliche Existenz dadurch bedroht wird? Als ich als Fernsehredakteur das Thema Korruptionsverdacht gegen einen Ministerpräsidenten aufgriff, war ich nach einem halben Jahr weg vom Sender.“ (Stefan Jalowyj, DemokratieSpiegel Berlin)

■ Wer instrumentalisiert uns?

Um Lobbyisten auf die Schliche zu kommen, empfiehlt es sich, mehr Sorgfalt und Zeit auf die Recherche von Vernetzungen und Hintergründen zu verwenden. Die gern genutzte Informationsquelle Wikipedia beispielsweise bietet die Möglichkeit, Versionen des eingestellten Beitrages zu vergleichen – „oft höchst aufschlussreich, was gestrichen wurde“, wie Bartsch meinte. Suchen sollte man nach unabhängigen Informationsangeboten zum Gegenprüfen.

Cornelia Haß, die neue Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, stellte sich mit einem Rückblick auf die Karstadt-Rettung 2010 vor. PR-Profis und „eine gefühlte Armada von Spindoktoren“ lieferten sich damals einen verbissenen Kampf um den geeigneten Investor, die Medien waren voll mit „Zerrbildern der tatsächlichen Hintergründe“, zwischendurch glitt die Berichterstattung in ein mediales Schmierentheater über das Partyleben von Nicolas Berggruen ab. „Versierte Wirtschaftsjournalisten“, erinnerte sich Haß, „mit denen wir eine langjährige Zusammenarbeit pflegen, beklagten sich, dass es in diesem Bereich ein spindoctoring solchen Ausmaßes noch nicht gegeben habe.“

Mit offensiver und seriöser Öffentlichkeitsarbeit habe ver.di entscheidend zur Weichenstellung im Übernahmeprozess beigetragen, der das Unternehmen aus der Insolvenz führte. „Es ging immer ums Ganze, die Existenz von Karstadt mit seinen rund 30.000 Beschäftigten“, sagte Haß. ver.di kam aus „der Deckung“ und bekannte sich in „mehr oder weniger offener Opposition“ zum Investor Nicolas Berggruen, der als einziger potenzieller Geldgeber nicht die Beschäftigten erneut zur Kasse bitten wollte. „Dass am Ende nicht die Goldman-Sachs- und Ackermänner die gesamte Deutungshoheit für sich eroberten“, sei, so Haß, auch MedienvertreterInnen zu verdanken, die sich der Flut an PR-Informationen entzogen und ihre Urteilsfähigkeit bewahrten. Sie widerstanden der Versuchung, ihr Handwerkszeug über Bord zu werfen und den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Informationen, die scheinbar auf dem Silbertablett dargeboten werden, seien zu hinterfragen. Aber: „Kolleginnen und Kollegen müssen Zeit haben, vertrauenswürdige Quellen aufzuspüren, Informationen zu vergleichen und zu gewichten.“ ver.di stehe als solche Quelle zur Verfügung.

Berechenbar | „Die Pharmaindustrie ist öffentlich kaum zu sehen. Und wenn sie sich meldet, kommt immer wieder dasselbe Ergebnis raus.“ (Georg Escher, Nürnberger Nachrichten)

Einladung | „Beeinflussungsversuche transparent zu machen, ist wichtig. Als Freier habe ich einst ein Medientagebuch über eine Informationsveranstaltung der Dresdner Bank im Hotel Adlon geschrieben. Das war auch Kollegen-Bashing, von denen sich manche davon beeinflussen ließen, dort zwei Tage lang verpflegt worden zu sein. Es war sehr wirkungsvoll. Von der Dresdner Bank wurde ich nie wieder eingeladen.“ (Friedrich Siekmeier, Hannover)



Cornelia Haß – neue Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di

3 ■ Öffentlichkeit

Noch ist bei so manchem alten journalistischen Hasen Berührungsangst das dominierende Gefühl, wenn es um Social Media geht. Dabei bieten die Entwicklungen in der Blogosphäre und auf Facebook, Twitter und Co. gerade der Medienbranche viele Chancen der Informationsbeschaffung, -vermittlung und des Austauschs. Nicht zuletzt lässt sich damit eine Gegenöffentlichkeit zu den Wahrheiten schaffen, die von Politik und Wirtschaft verbreitet werden. Wie das gelingen kann, demonstrierten die beiden Referenten des Tagungsblocks „Öffentlichkeit“.

Volker Gaßner ist Kommunikationsstrategie bei Greenpeace Deutschland. Die verstärkte Aktivität der Umweltorganisation im Bereich der Social Media-Kommunikation beruhe auf der Erkenntnis, dass die Reichweiten der klassischen Medien – vor allem Tageszeitungen und Fernsehen – zurückgehen. „In zehn Jahren werden sich die meisten Leute ihre Informationen über das Internet beschaffen“, prognostizierte Gaßner, „in Amerika ist das bei den 18- bis 29-Jährigen schon jetzt der Fall.“

Die Webpräsenz von Greenpeace Deutschland findet große Resonanz: Bis November 2011 hätten insgesamt ca. 3,5 Millionen Menschen die Greenpeace-Website aufgerufen, so Gaßner. Die Greenpeace-Videoclips auf YouTube seien bisher rund 2,3 Millionen mal angeklickt worden, inzwischen stehe die Organisation über ihre Social Media-Aktivitäten mit rund 110.000 Menschen in direktem Kontakt. Bei Twitter habe man 35.000 Follower, auf Facebook 51.000 Freunde. „Facebook ist wichtig bei der Informationsverbrei-

terung“, betonte der Kommunikations-experte. Allerdings würden die Zahlen wenig aussagen, solange diese „Freunde“ nicht aktiv sind.

Ausführlich stellte Gaßner die offene Kampagnen-Community GreenAction vor: Das vorwiegend junge Publikum – 60 Prozent gehören zur Altersgruppe bis zu 30 Jahren – kann dort eigene Initiativen posten. Großen Zuspruch fand etwa eine Sticker-Aktion gegen den Einwegmüll der „Coffee to go“-Ketten. Die Besucher informieren sich über Kampagnen von Greenpeace, entwickeln sie weiter und beteiligen sich aktiv. Die Umweltorganisation macht dort gegen das sogenannte Greenwashing großer Konzerne mobil: Sie antwortet auf PR-Initiativen von Vattenfall, EON und RWE, die damit das Image der Atomkraft fördern wollen, sie kämpft gegen Palmölplantagen in Indonesien, für die Nestlé den Regenwald roden lässt, sie positioniert sich gegen den Automobilkonzern VW, der von seinem Bekenntnis zum Energiesparen immer weiter abrückt. Gemeinsam ist all diesen Aktionen die phantasievolle und witzige Machart, mit der das Publikum angesprochen wird, etwa bei der Persiflage auf den „Energieriesen RWE“ in einem Videoclip.



Klaus Schrage aus Nürnberg

Über Social Media könne Greenpeace viele interessante Menschen erreichen und zum Mitmachen gewinnen, so Gaßners Fazit. „Allerdings“, so der Kommunikationsstrategie, „rettet Social Media die Welt nicht und ersetzt klassische Medien nicht.“ Online-Aktionen müssen mit „Aktionen auf der Straße“ verbunden werden. Reine Online-Kampagnen seien nicht erfolgversprechend: „Sie sind nach zwei Wochen tot.“

Thomas Wiegold arbeitet heute – nach vielen Jahren der Festanstellung bei Nachrichtenagenturen und beim Focus – als freier Journalist. Das Bloggen ist zu einem wichtigen Bestandteil seiner Arbeit geworden. Er betreibt den viel beachteten und gelobten Blog „augengeradeaus.net“ zu den Themen Verteidigung und Sicherheitspolitik aus deutscher Sicht. Darin schaut der Kriegsdienstverweigerer hinter die Kulissen des Verteidigungsministeri-

ums und guckt Bundeswehrgenerälen bei ihren Einsätzen auf die Finger. 10.000 bis 20.000 Menschen besuchen nach Wiegolds Bekunden täglich seine Website, viele lesen seinen Blog und diskutieren die Inhalte.

Wiegold ist auf vielen Social Media-Kanälen präsent, er nutzt Facebook, Twitter, Flickr, audioBoo, YouTube und seit neuestem auch Google+. Die Plattformen durchdringen sich gegenseitig: „Was in meinem Blog steht, wird bei Facebook gespiegelt.“ Zum Recherchieren nutze er die gleichen Quellen wie andere Journalisten, ist auch schon mal bei Manövern der Bundeswehr und bei Einsätzen in Afghanistan oder im Kosovo live dabei. Darüber hinaus hätten sich soziale Netzwerker als nützlich für die Informationsbeschaffung erwiesen: Er sei stets über die Veröffentlichungen der Bundeswehr informiert und könne sogar den „Krieg der Worte“ verfolgen, den sich ISAF und Taliban auf Twitter liefern. „Wenn in Kabul oder in Kundus etwas passiert, weiß ich das lange, bevor andere Medien davon Wind bekommen.“

Auch Verantwortliche der Streitkräfte zollen Wiegold Respekt: KFOR-Kommandeur Erhard Bühler habe ihm in einem Fall seine Sicht der Dinge schriftlich übermittelt. Nach einem telefonischen Check auf die Echtheit, konnte Bühlers Kommentar auf seiner Website veröffentlicht werden. Finanzielle Anerkennung erhält der Journalist für seinen Blog bisher kaum: „Ich muss mich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser halten, mit Beiträgen etwa für den Spiegel, den NDR oder Fachmedien“, so Wiegold. Sein Ziel sei es, eines Tages den Lebensunterhalt über das „Prinzip Straßenmusik“ zu sichern: Denjenigen, die seine Plattform nutzen, stellt er die Frage „Was ist Ihnen dieser Blog wert?“ Er wolle gar nicht viel, so Wiegold, mit fünf Euro monatlich von regelmäßigen Usern wäre er zufrieden. Bisher kommen dieser Bitte 40 Leute nach – erbärmlich wenig angesichts von 20.000 Aufrufen im Monat.

Gefahr | „Greenpeace muss immer wahnsinnig originell und witzig sein. Besteht darin nicht auch die Gefahr, dass es irgendwann langweilig wird?“ (Thomas Klatt, freier Journalist)

Meinung | Auf die Frage von Prof. Vinzenz Wyss, ZHAW Winterthur, inwieweit Blogs zur Demokratisierung der Kommunikation beitragen können, antwortete Thomas Wiegold: „Meine Leser haben eine Stimme, jeder kann sich einbringen. Jeder kann im Blog seine Meinung sagen und Fakten beitragen.“



Kurt-Peter Christophersen: Innere Pressefreiheit und Redaktionsstatute helfen bei unabhängiger Berichterstattung

4 ■ Arbeitsbedingungen

Medienwissenschaftler Prof. Vinzenz Wyss aus Winterthur von der Züricher Hochschule für angewandte Wissenschaften analysierte anhand aktueller Studien die Arbeitsbedingungen von Journalisten in der Schweiz. Im Nachbarland laufen große Debatten zu Medienqualität und Zukunft der Presse. Politiker kritisieren die Tendenz zu „softer“, unkritischer Berichterstattung, vermissen leistungsorientierten Journalismus.

Die aus Journalistenbefragungen der Hochschule zu ziehenden Analogien zu Deutschland sind unübersehbar. Abnehmende Arbeitsplatzsicherheit, stagnierendes Einkommen und wenig Gelegenheit zur Weiterbildung seien nicht dazu geeignet, „die Fähigkeit zu fördern, sich selbst und die eigene Tätigkeit kritisch zu reflektieren“. Die von Wyss erhobenen Daten aus zwölf Redaktionen zeugen vom Unmut der Journalistinnen und Journalisten. Sie konstatierten stagnierende Einkommen, unzureichende Recherchezeiten, mangelnde Weiterbildungsangebote, zu wenig Raum für Qualitätsdiskussionen. Nur noch 68 Prozent würden ihren Beruf weiterempfehlen, früher waren es 77 Prozent. Kompetenz, Selbstreflexion, gesellschaftliche Relevanz, Unabhängigkeit, Perspektivenvielfalt, Aktualität, Transparenz – alles wichtige Stichworte für effiziente Themenfindung und journalis-

tische Qualität. Oft aber herrsche die Mentalität „man heult mit den anderen Wölfen, man dreht eine Geschichte mit einigen anderen Aspekten aufs eigene lokale Niveau, anstatt selbst zu recherchieren“, stellte Wyss fest.

Um erhöhte Anforderungen an Qualität und Professionalität zu erfüllen, sei eine „Trennung von Redaktion und Ressourcenbeschaffung“ unerlässlich. Medienorganisationen sollten selbstkritisch schauen, woher das Kapital stammt. Gebraucht werden eine „etablierte Verantwortungskultur und Verfahren der Qualitätsprüfung“. Beim Wahrnehmen dieser Verantwortung gebe es große Unterschiede. In Medienhäusern, die vor allem auf Profitmaximierung setzten, würde wenig in journalistische Qualität investiert. Über neue Modelle nachzudenken, wie Journalismus langfristig finanzierbar wird, sei eine Gemeinschaftsaufgabe, folgert Wyss. „Wir brauchen die Entfesselung des Journalismus von ökonomischen Zwängen.“

Zwei Resolutionen gegen Tariffucht vieler Medienunternehmen verabschiedet

Auf dem Journalistentag wurden zwei Resolutionen gegen die Tariffucht vieler Medienunternehmen – wie jüngst beim Südkurier in Konstanz – verabschiedet. Der eingeschlagene Kurs gefährde „jedweden Qualitätsjournalismus, der für das demokratische Gemeinwesen von unverzichtbarer Bedeutung ist“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fordern die Arbeitgeber auf „die zwischen dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträge anzuerkennen“.

http://dju.verdi.de/ueber_die_dju/journalistentage/journalistentag-2011

Günter Bartsch und Prof. Vinzenz Wyss (re.)



Geschäfte mit Print

Madsack auf dem Weg zum Medien-Großkonzern

Madsack expandiert weiter auf dem Regionalzeitungsmarkt. Das Geld für Zukäufe wird andernorts gespart. So kann man die neuesten Entwicklungen um die Mediengruppe aus Hannover zusammenfassen, die sich rigoros zum breit aufgestellten Großkonzern entwickelt. Der neueste Madsack-Deal, die Übernahme der Potsdamer Märkischen Allgemeinen Zeitung von der FAZ, zeigt laut Medienforscher Horst Röper auch, dass sich mit Printprodukten hierzulande „weiter Geschäfte machen lassen“.

Die Geschäftsführung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hatte noch vier Tage bevor der Verkauf öffentlich wurde, „keinen Anlass“ gesehen, dem Potsdamer Betriebsrat „Fragen zu beantworten“ oder etwas zu kommentieren. Mit den „Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren Fragen nach der Perspektive“, so Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner, wollte man sich offenbar „nicht aufhalten“. Der Geschäftsführer der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH (MVD) vermeldete der Belegschaft erst am 11.11. um Schlag 11 Uhr Vollzug: Die Märkische Allgemeine, auflagenstärkstes Blatt im Berliner Umland, wechselt Anfang 2012 von der FAZ-Gruppe zum Madsack-Konzern. Das Bundeskartellamt hat inzwischen zugestimmt. Dem Vernehmen nach wanderte eine beachtliche zweistellige Millionensumme nach Frankfurt/Main. Dort will man sich „zukünftig noch konsequenter“ auf das „nationale Kerngeschäft“ mit den beiden überregionalen Blättern Frankfurter Allgemeine und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung konzentrieren. Für Madsack dagegen passt der erneute Kauf einer Regionalzeitung gut ins strategische Kalkül.

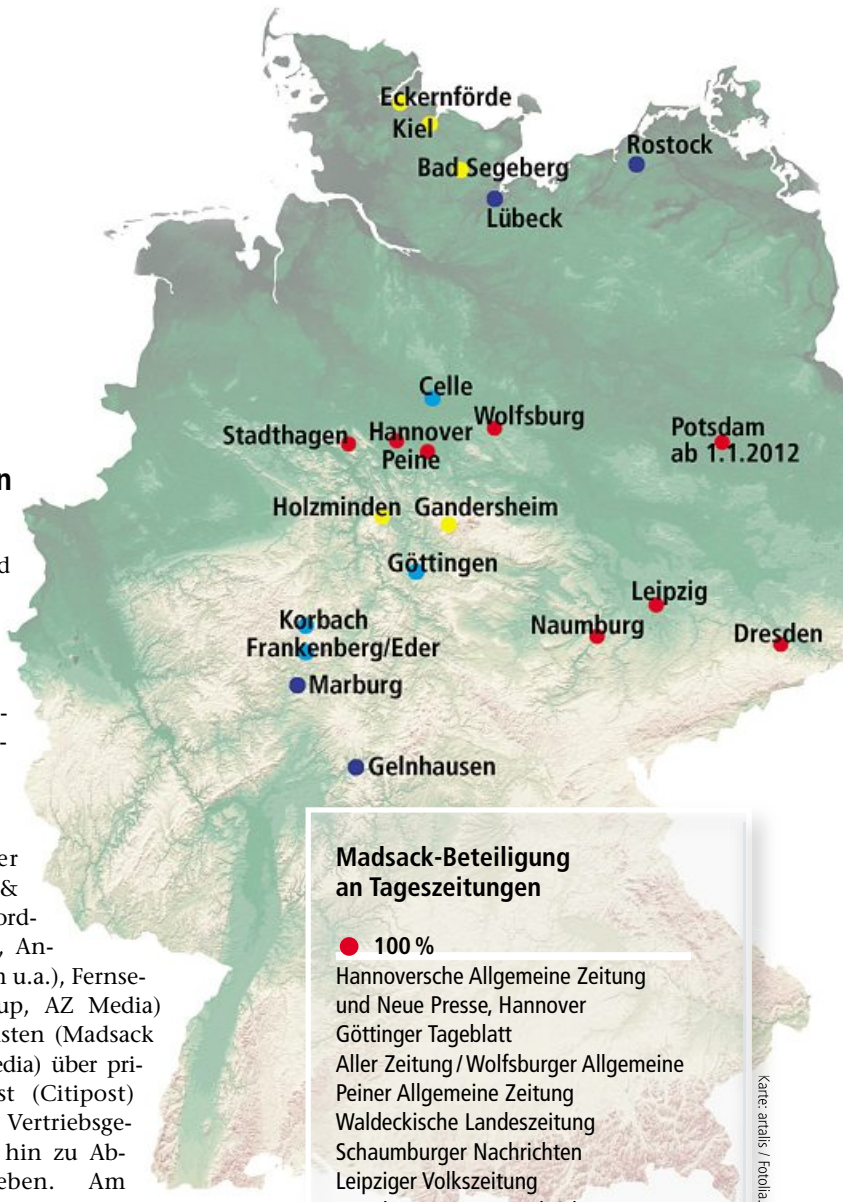
Das vor fast 120 Jahren gegründete Hannoversche Verlagshaus (Hannoversche Allgemeine, Neue Presse), an dem inzwischen die SPD-Medienholding DDVG mit 23 Prozent beteiligt ist, hat neben dem nationalen Zeitungsgeschäft längst auch andere Felder bestellt. Insgesamt hatte die Mediengruppe 2010 offiziell 4.354 Beschäftigte, erwirtschaftete einen Umsatz von 608,8 Millionen Euro und wies einen Jahresüberschuss von 10,7 Millionen Euro aus. Die Madsack-Aktivitäten „in der Be-

reitstellung und Vermarktung von Informationen“ reichen faktisch von Hörfunkbeteiligungen (Antenne Niedersachsen, AH Antenne Hörfunk-Sender Halle, Funk & Fernsehen Nordwestdeutschland, Antenne Thüringen u.a.), Fernsehern (TVN Group, AZ Media) und Onlinediensten (Madsack Online, sportmedia) über privaten Postdienst (Citipost) und Dutzende Vertriebsgesellschaften bis hin zu Abrechnungsbetrieben. Am Neue-Medien-Markt partizipiert man auch durch Mitmachplattformen. Mit einem brandneuen Media-Store-Konzept wird Endkunden zudem ein Paket aus Tablet-PC, Flatrate sowie Verlags-E-Papern und App offeriert, über ein geplantes Franchise-System bald gar für andere Verlage.

Das Madsack-Kerngeschäft liegt allerdings noch immer bei Printmedien. Man ist nationaler Marktführer bei Anzeigenblättern, die von Frankfurt/Main über Altenburg bis Wolfenbüttel mit fast sieben Millionen Exemplaren in bundesdeutschen Haushalten landen. Regionale Tageszeitungen in acht Bundesländern kommen hinzu.

■ Auflagenkönig im Osten

Den Knaller, mit dem die Madsack-Mediengruppe 2009 von Springer mit einem Schlag direkte und indirekte Beteiligungen an insgesamt sieben Zeitungen übernahm und der die Mediengruppe auf Platz sechs im nationalen Ranking brachte, ließ man sich trotz Krise schlappe 310 Millionen Euro kosten. Neben einer beherrschenden Stellung im Blätterwald des Nordens – das Einflussgebiet reicht hier von Usedom bis Kiel – und Dominanz in weiten Teilen Niedersachsens und Hessens



Madsack-Beteiligung an Tageszeitungen

- 100 %**
 - Hannoversche Allgemeine Zeitung und Neue Presse, Hannover
 - Göttinger Tageblatt
 - Aller Zeitung/Wolfsburger Allgemeine
 - Peiner Allgemeine Zeitung
 - Waldeckische Landeszeitung
 - Schaumburger Nachrichten
 - Leipziger Volkszeitung
 - Dresdner Neueste Nachrichten
 - Naumburger Tageblatt
- unter 100 % – 50 %**
 - Lübecker Nachrichten (61,2 %)
 - Ostsee-Zeitung (61,2 %)
 - Oberhessische Presse (51 %)
 - Gelnhäuser Neue Zeitung (51 %)
- 50 % – 25 %**
 - Cellesche Zeitung (50 %)
 - Gandersheimer Kreisblatt (33 %)
 - Täglicher Anzeiger (30 %)
 - Kieler Nachrichten (37 %)
 - Segeberger Zeitung (37 %)
- unter 25 %**
 - Torgauer Zeitung (24,9 %)
 - AZ Alfelder Zeitung (24,5 %)

festigte die Transaktion, die die Ostseezeitung (153.000) und die Leipziger Volkszeitung (über 200.000 verkaufte Exemplare) einschloss, die Stellung des Verlagkonzerns vor allem in den neuen Bundesländern. Mit der ebenfalls profitablen Märkischen Allgemeinen – das Verlagshaus der größten brandenburgischen Zeitung mit 15 Lokalauflagen und mit 136.000 verkauften

Exemplaren hat im Vorjahr etwa zwei Millionen Euro Gewinn eingefahren – kommt nun die 18. Tageszeitung ins Portfolio. Der Deal macht Madsack zum unangefochtenen Auflagenkönig im regionalen Tageszeitungsmarkt des Ostens.

■ Zentralisierung von Masse

Noch habe der „fulminante Konzern“ in Hannover finanziell wie strukturell ganz schön an den Zukaufts-„Brocken zu schlucken“, vermutet Medienanalyst Horst Röper vom Dortmunder Formatt-Institut. Madsack setze offenbar weiter darauf, mit großen Stückzahlen und hohen Auflagen Kostenvorteile zu nutzen – bei Investitionen in Technik und Softwareentwicklung ebenso wie bei Papierkäufen. Auch Overhead- und Personalkosten sollen sinken. Wie es bei der „Koordination der Einzelhäuser zu größeren Einheiten“ weitergehe, bleibe spannend.

Bislang werden Finanzdienstleistungen in einer konzern-eigenen Mediendienstleistungsgesellschaft zentralisiert. Aktuell geht es um die Verlagerung der bisher eigenständigen IT-Bereiche aus dem Mutterhaus und der Leipziger Verlags- und Druckgesellschaft in das tariflose Gutenberg Rechenzentrum in Hannover. Auch in Sachen Personalwirtschaft wird gebündelt, hier in der Madsack Personal Management GmbH.

Doch es geht um mehr als das Administrative. Bekanntlich hat Madsack Anfang 2011 das Berliner Büro der *Hannoverschen Allgemeinen* zur Gemeinschaftsredaktion für den gesamten Konzern ausgebaut. Das Angebot des „Hauptstadt-Pools“ aus Politik, Wirtschaft und Kultur steht allen Blättern des Konzerns bislang unverbindlich zur Nutzung frei. Zentralisiert wird auch beim Service-Output, wo die tariflose Madsack Medienagentur konzernweit nutzbare Servicebeiträge, Testberichte oder Reiseseiten zuliefert. Rainer Butenschön, Betriebsratsvorsitzender im Hannoverschen Mutterhaus, sieht in all dem eine weitere Einschränkung der journalistischen Informations- und Meinungsvielfalt. Er verweist außerdem auf eine rigide Tarifpolitik. Madsack habe sich in Hessen aus der Tarifbindung verabschiedet, die Abschlüsse, die 2011 erzielt wurden, „liegen allesamt deutlich unter der Inflationsrate und bedeuten Kaufkraftverlust“, erklärt der Gewerkschafter. Mit einem solchen Kurs sammle der Konzern „Geld bei den Beschäftigten ein und gibt es durch Zukäufe aus“.

Dass hochgestochene Renditeerwartungen die Konzernstrategie bestimmen, zeigt sich momentan vor allem bei der *Leipziger Volkszeitung*. Gewerkschaften und Beschäftigte hatten sich auf ein längeres Ringen um einen Haustarifvertrag eingestellt. Doch kam der Abschluss am 11. No-

vember fast überraschend schnell (siehe Kasten). Man wollte wohl „Ruhe haben“ für größere Baustellen, vermutet Betriebsratschef Jens Heeg. Erklärtermaßen will Madsack in Leipzig bis 2013 reichlich zwei Millionen Euro einsparen. Von der Ausgliederung des IT-Bereiches sind hier 19 Beschäftigte betroffen, über Schutzbestimmungen wurde bisher keine Einigung erzielt. Schlimmer noch: in den nächsten zwei Jahren sollen 25 bis 30 Stellen in der Leipziger Redaktion abgebaut werden. Die Madsack-Geschäftsführung postuliert eine Stärkung des Lokalen, spricht vom Abbau der Vollredaktion zugunsten des Berliner Pools sowie der Einrichtung eines Newsdesk. Diese „Restrukturierung“, die fast einem Viertel des bisherigen Redaktionsteams die Stelle kosten könnte, soll ohne Kündigungen abgehen, sofern konzernweite Umsetzungen gelingen. Der Konzernbetriebsrat will wegen des angeschobenen Personalkarussells Mindeststandards bei Versetzungen oder Ausgliederungen. Gespräche zu den daraufhin von Madsack-Personalchef vorgelegten „Regeln für freiwillige konzerninterne

Wechsel“ stehen noch aus. Derweil haben in Leipzig bereits Gespräche mit Redakteurinnen und Redakteuren begonnen, die in Altersteilzeit gehen könnten. Die Interessenvertretung, so Heeg, sieht sich bei möglichen Interessensausgleichs- und Sozialplanverhandlungen noch „ganz am Anfang“. Denn im Verlagsbereich sind bereits weitere 23 Stellen zur Disposition gestellt. Begründet werde all das vom Management in Hannover mit der angespannten wirtschaftlichen Lage und aktuellen Einbußen im Anzeigengeschäft, vorrangig bei Discountern.

■ Kein großes Wagnis

Auch die Beschäftigten bei der Potsdamer MVD setzten Ende Oktober per Haustarifvertrag Lohn- und Gehaltssteigerungen durch (M 11 / 2011). Zuvor hatten sie, so die Betriebsratschefin, durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnverzicht zehn Jahre lang die Schatulle des Potsdamer Verlagshauses mit fast 30 Millionen Euro füllen helfen. Ob nun tatsächlich eine Druckmaschine gekauft werde, sei wieder völlig offen. Ein neues Redaktionssystem dagegen wurde schon angeschafft, Newsdesks sind für 2012 avisiert. Auch den – nun externen – Druckauftrag für Teile der FAZ-Auflage hat man sich gesichert. Für Madsack sieht das alles nach einem guten Geschäft aus. Beim Springer-Deal 2009 hatte Geschäftsführer Herbert Flecken von einem großen Schritt gesprochen, der für den Konzern jedoch „kein großes Wagnis“ darstelle. Das wird man jetzt ähnlich sehen und der *Märkischen Allgemeinen* mit Madsack-Konzernstandards zuleibe rücken. Helma Nehrlich ■



Foto: Torsten Krueger

Das Anzeiger-Hochhaus in Hannover erbaut 1927 – 1928 für die Verlagsgesellschaft Madsack. Heute Sitz unter anderem der City-Redaktion der Hannoverschen Allgemeine Zeitung und anderer Unternehmen der Mediengruppe Madsack sowie lokaler Rundfunkstationen ist das Gebäude Teil des Medienzentrums der Stadt.

► Haustarifvertrag bei der Leipziger Volkszeitung

Bei den Firmentarifverhandlungen für Druckerei, Verlag und Redaktion der *Leipziger Volkszeitung* lehnte die Geschäftsführung eine Rückkehr zur Flächentarifbindung ab. Am 11. November wurde mit den Gewerkschaften ein Kompromiss ausgehandelt. Der Haustarifvertrag regelt die Fortgeltung der Manteltarifverträge für alle Beschäftigtengruppen bis Ende 2013 bzw. 2014 und orientiert sich bei den Entgelten an den aktuellen Flächentarifregelungen für Redakteure, Drucker und Verlagsangestellte. Es wurden Einmalzahlungen von 280 Euro für Juli 2012 vereinbart. Lineare Erhöhungen sollen ab Juli 2013 wirksam werden – für Redakteurinnen und Redakteure von 1,5 Prozent, für Beschäftigte im Druckzentrum von 2 Prozent. Für die Laufzeit des Vertrages gilt der Tarif auch für Neueingestellte oder beim Übergang von Beschäftigten in andere Gesellschaften.

Siegreicher Fehlerteufel

Mit dem Qualitätsjournalismus ist das so eine Sache! Gleich dreimal schlug der Fehlerteufel in dem Beitrag unserer beliebten Serie „Schon entdeckt?“ in der letzten M-Ausgabe (11/2011) zu. Vorgestellt wurde die unabhängige, kritische und bürgernahe Online-Wochenzeitung *Kontext*. Einige der Web-Beiträge gibt es auch gedruckt, als Samstagsbeilage der *taz* in Baden-Württemberg, NRW und Bayern.

Als Tippfehler kommt in *M* die Schreibweise von Redakteur Meinhard Heck daher. Ja, so ist sein richtiger Name, nicht etwa „Meck“. Für wenig gründliche Recherche spricht, dass die Kontext-Mitbegründer Susanne Stiefel und Josef-Otto Freudenreich in den Stand ehemaliger Chefredakteure gehoben wurden, obwohl sie doch „nur“ Chefreporter bei *Sonntag Aktuell* und *Stuttgarter Zeitung* waren.

Die Redaktion entschuldigt sich und gelobt Besserung! *Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin* ■

Ein wenig mehr Geld

Tarifabschlüsse Zeitschriftenverlage und Buchhandel

Für die Angestellten der Zeitschriftenverlage in Niedersachsen wird nach dem jüngsten Tarifabschluss der Gehaltstarifvertrag rückwirkend zum 1. Juni 2011 wieder in Kraft gesetzt. Im Dezember 2011 gibt es eine Einmalzahlung von 200 Euro. Ab Oktober 2012 werden die Gehälter um 2% erhöht. Im Oktober 2013 folgt eine weitere Einmalzahlung von 200 Euro. Die Laufzeit des Tarifvertrags endet am 30.6.2014. Der Manteltarifvertrag wird im ungekündigten Zustand ohne Änderungen verlängert bis zum 31.12.2015. Gleiches gilt für den Altersteilzeit-TV, der weiter bis zum 31.12.2016 läuft.

Auch für die Zeitschriftenverlage in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wurde eine Tarifeinigung erreicht. Mit dem Dezembergehalt 2011 und noch einmal im November 2013 erhalten die Beschäftigten eine Einmal-

zahlung von 200 Euro. Im November 2012 werden die Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 2% erhöht. Der Manteltarifvertrag wird um zwei Jahre bis zum 30. Juni 2013 verlängert. Der Gehaltstarifvertrag ist erstmals kündbar zum 31. August 2014.

Die Gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im herstellenden Buchhandel in Baden-Württemberg werden zum 1. Januar 2012 um 2,5 Prozent steigen. Zuvor gibt es für alle Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 180 Euro (für Auszubildende 90 Euro; für Teilzeitbeschäftigte anteilig). Mit der linearen Erhöhung wurde die aktuelle Inflationsrate ausgeglichen. Der Entgelttarifvertrag kann erstmals zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Damit ist das Tarifjahr 2011 abgeschlossen. Im nächsten Jahr liegt es an allen Kolleginnen und Kollegen, sich für einen neuen Tarifvertrag einzusetzen. *PM / Red.* ■



Drehscheibe

700 Ausgaben, 19.740 Storys – die drehscheibe sammelt seit 30 Jahren Konzepte und Geschichten aus Lokalredaktionen und Regionalzeitungen. Das Journalistenmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) publiziert die innovativsten und kreativsten Ideen von Lokalredakteuren aus Deutschland, der Schweiz und Österreich, bis zu 150 Zeitungen werden dafür täglich ausgewertet. Vorschläge aus den Redaktionen selbst kommen hinzu. Hervorgegangen aus einer „zusammengedackerten“ Blattsammlung von Werkstattberichten des 1975 aufgelegten bpb-Lokaljournalistenprogramms versteht sich das am 1. November 1981 erstmals erschienene Magazin bis heute als Forum für gekonnten Lokaljournalismus. Der damals pro-

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt *M* mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

vokative Grundgedanke für Qualität ist derselbe geblieben: „Wir drucken Geschichten, die vorbildlich sind, die man nachspielen und, wenn man ehrgeizig ist, besser machen kann“, sagt drehscheibe-Gründer Dieter Golombek.

Fürs Jubiläumsheft wurden 30 Geschichten aus drei Jahrzehnten herausgesucht, Macherinnen und Macher erinnern sich: 1985 an einen Integrations-test als Rosenverkäufer in der Heilbronner Stimme, 1989 an die Zeitungsaktion für DDR-Flüchtlinge in der Passauer Neuen Presse, 1992 an einen Gauck-Behördenbesuch in der Lausitzer Rundschau, 1994 an die Story über städtische Beerdigungsvorschriften für nichtverheiratete Paare im Bonner Generalanzeiger, 1997 an eine Glosse über öffentliches Urinieren in der *Oberhessischen Presse* oder 2004 und 2006 an die *Tagesspiegel*-Serien „Wie retten wir Berlin“ und „Wie funktioniert die Stadt?“ Letztes Jubiläumsbeispiel aus dem Jahr 2010 ist die Glücksausgabe der *Pforzheimer Zeitung*.

„Ideenklau ist Sinn der Sache, denn jede Zeitung greift das Thema anders auf, gibt ihm den eigenen Dreh, die eigene Optik.“ Berthold L. Flöper, der Leiter des bpb-Lokaljournalistenprogramms, beobachtet trotz aller Kritik am Lokaljournalismus die Bemühungen um bessere Qualität. Vielerorts werde schon konzeptioneller gearbeitet und weni-

ger Terminjournalismus betrieben. „Große politische Themen werden auf die lokale Ebene herunter gebrochen, Lokalteile sind magaziniger geworden.“ Die von der drehscheibe aufgegriffenen guten Beispiele zeigten: „Der Kreativität und Vielfalt des Lokaljournalismus sind kaum Grenzen gesetzt.“

Nach wie vor ist die in 500er Auflage gedruckte, 14 mal jährlich erscheinende, von der Agentur Raufeld Medien redaktionell betreute drehscheibe Impulsgeber für viele Lokalredaktionen. „Die Printausgabe ist beliebt, wird weitergereicht, obwohl wir auch ein pdf-Angebot haben, bei facebook präsent sind und jetzt über eine App nachdenken“, sagt Flöper. Der drehscheibe-Service vervollständigt das Angebot mit Ideenlisten. Er sammelt das Know-how aus den Magazinen, aus Seminar-Dokumentationen und Jahrbüchern.

Das jährliche Forum Lokaljournalismus hat sich inzwischen zu einem gut besuchten Branchentreffen entwickelt, das nächste Mal im März 2012 in Bremerhaven bei der Nordseezeitung. Lokaljournalismus hat auch künftig eine hohe Relevanz in allen Lesergruppen, deshalb wird die aus dem Netzwerk der Lokaljournalisten gespeiste drehscheibe die Redaktionen weiter begleiten. Die 700. Ausgabe, so Flöper, „soll auch Lust machen auf das, was noch kommt.“ *Bettina Erdmann* ■

Ausgezeichnet.

Abdruck 2012

Der Journalistenpreis
für zahnmedizinische
und zahntechnische
Themen

Ihre Recherche ist aufwändig. Sie verarbeiten auch schwierige Themen zu einem leserfreundlichen Beitrag. Das gelegentliche Lob Ihres Chefredakteurs sollte Ihnen nicht genügen. Bewerben Sie sich mit Ihrer Arbeit. Wir zeichnen herausragenden Zahnmedizinjournalismus aus.

Infos: 0221/170 99 740 – www.prodente.de
Einsendeschluss: 15. Januar 2012

proDente

Durchbruch bei Radio Bremen

Nach einem halben Jahr zäher Verhandlungen kam es bei Radio Bremen zu einem Tarifabschluss. Für feste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es sofort eine Einmalzahlung von 450 Euro, 2,1 Prozent Gehaltserhöhung ab Januar 2012 und 1,6 Prozent ab Dezember 2012. Der Familienzuschlag wird auf 120 Euro pro Kind angehoben. Volos und Auszubildende bekommen statt einer Einmalzahlung die erste Gehaltserhöhung ab Oktober 2011 rückwirkend.

Feste Freie erhalten Einmalzahlung und Honorarerhöhungen in gleichem Maße wie Feste. Nun auch tariflich garantiert werden unter anderem die Zuschläge für Video-Journalisten, Honorare für O-Ton-Beschaffung und für die Nutzung von Texten im Internet und für Fotos als Zusatz zu Beiträgen sowie ein höherer Schutz für die Beschäftigung älterer Freier.

Auch beim Bayerischen Rundfunk ist der Tarifabschluss für Feste und Freie jetzt unter Dach und Fach. *Red.* ■

Foto: Michael Bahlo



Auf Dauer nicht lebensfähig

Knapp 100 Mitarbeiter von Radio Bremen protestierten am 28. November vor der ARD-Intendanten-Konferenz für eine aufgabengerechte Finanzierung Radio Bremens. Ausgangspunkt: Radio Bremen ist in den vergangenen zehn Jahren wie kein anderer öffentlich-rechtlicher Sender „verschlankt“ worden. Seit 1999 wurde der Finanzausgleich fast halbiert. Daraufhin musste das Programm erheblich reduziert und Personal abgebaut werden. „Was wir noch leisten, lässt sich durchaus sehen und hören“, heißt es in einem Info des Personalrats. Aber wer bis auf die Knochen abmagert, sei auf Dauer nicht mehr lebensfähig, so der Personalratsvorsitzende von Radio Bremen Bernd Graul.

In Echtzeit

Jugendmedientage zwischen Liveticker und Twitter

Die Jugendmedientage wachsen weiter: 600 junge Leute standen am 3. November ab Mittag vor den Anmeldeschaltern der Jugendpresse Deutschland an der Carl-Benz-Arena in Stuttgart, um ihre Infomaterialien für die über 30 Workshops der kommenden Tage in Empfang zu nehmen und die Rucksäcke für den Transport in die Übernachtungshallen abzugeben. Die langen Schlangen endeten erst kurz vor Beginn der Eröffnungsveranstaltung gegen 19 Uhr. Mittendrin im Trubel: der Infostand der dju mit Flyern, Broschüren und Zeitschriften.

Die Wartezeit, vor allem aber die offensive, freundliche Ansprache der dju-Jugendvertreterin im Bundesvorstand, Sarah Bencke, einst selbst bei den Organisatoren von Jugendmedientagen und Youth Media Convention, sorgten für ständigen Besuch von Schülerzeitungsredakteuren, Studentinnen und jungen Freien am dju-Stand, der an diesem Tag nur einige Dialoginseln als Konkurrenz hatte. Nachdenkliche Fragen zur gegenwärtigen Situation der Me-

dienbranche und zu den Entwicklungen im Journalistenberuf prägten die Gespräche. Im Gegensatz zu früheren Tarifkämpfen hatten viel mehr junge Menschen die Auseinandersetzungen zwischen Journalisten und Verlegern mitbekommen. Wütende Kommentare zu dem von den Verlegern geplanten Tarifwerk 2 für Berufseinsteiger sowie dem Umgang mit Praktikanten in den Medien waren zu hören. Der Optimismus der früheren, jetzt seit zehn Jahren stattfindenden, Jugendmedientage ist einer gewissen Skepsis gewichen.

Den journalistischen Teil der Eröffnungsveranstaltung bestritten Mathias Müller von Blumenron, Chef von *Spiegel Online*, und Joachim Dorfs, Chefredakteur der *Stuttgarter Zeitung* im Gespräch mit dem Journalisten und Comedian Jan Böhmmermann zum Thema der diesjährigen JMT „In Echtzeit“, der Auseinandersetzung mit den immer schneller hereinprasselnden Meldungen von Liveticker bis Twitter. Dabei bekannte Müller von Blumenron, „ein echter Twitter-Schmarotzer“ zu

Links

Während der JMT 2011 entstanden zwei Ausgaben der Jugendpresse-Zeitschrift Politik Orange:

- „Los!“:
http://issuu.com/politikorange/docs/jmt2011_los?mode=window&backgroundColor#222222
- „Fertig!“:
http://issuu.com/politikorange/docs/jmt11_fertig?mode=window&backgroundColor#222222

sein: Er twitterte selbst nicht, ziehe aber viele Themen aus den Kurzmeldungen. Während Müller von Blumenron *Spiegel Online* als eigenständiges Produkt mit nur geringen Übernahmen aus dem Printheft charakterisierte, widersprach Dorfs der Böhmmermannschen These nicht, dass die *Stuttgarter Zeitung* ihren Online-Auftritt eher als Nebenprodukt sehe: „Online hat zur Zeit noch kein gescheites Geschäftsmodell.“ Die *Stuttgarter Zeitung* wolle allerdings in Zukunft die Stadtteil-Berichte im Netz stark ausbauen und zum wichtigsten Portal für Stuttgart und Baden-Württemberg werden, Lokalkompetenz als Alleinstellungsmerkmal. Deshalb sollten junge Journalisten heute crossmedial ausgebildet sein: „Reinen Printjournalismus gibt es nicht mehr.“ *Susanne Stracke-Neumann* ■



2012

Bewerben Sie sich um den Kölner Medienpreis 2012

mit Ihrer preiswerten* Berichterstattung
(Reportagen, Features, Berichte, Serien)
über die Stadt Köln

- Kategorien:
Print, Hörfunk, TV, Pressefotografie,
Online-Journalismus
- Preisgeld 25.000 €

Einsendeschluss 5. März 2012

Informationen und Ausschreibungsunterlagen:

Telefon + Fax 0221 - 47 30 900

info@koelner-medienpreis.de

www.koelner-medienpreis.de

Sind Sie preiswert*?



Kölner Journalistenschule ●
für Politik und Wirtschaft



* preiswert,
preiswert:
den Preis wert sein,
Anerkennung verdienen,
Preisträger werden,
Applaus einheimsen

Tarifabschluss für Filmschaffende

In der dritten Verhandlungsrunde zwischen ver.di und der Produzentenallianz ist für rund 10.000 Film- und Fernsehschaffende ein Tarifergebnis erreicht worden. Es sieht eine Erhöhung der Wochengagen von 45 Euro in zwei Stufen vor, insgesamt steigen die Gagen um effektiv 4 % über eine Laufzeit von zwei Jahren. Der Manteltarifvertrag gilt unverändert bis Ende 2013.

Der Gagentarif gilt für Filmschaffende, die im Drehteam und dabei meist wenige Wochen als Kamera- oder Tonleute, im Produktions- und Regiestab oder bei Szenen, Masken- oder Kostümbild bzw. in der Postproduktion als Filmeditoren an der Herstellung von Filmen fürs Kino und Fernsehen mitwirken. Filmschaffende haben durch die extreme Kurzzeitbeschäftigung von wenigen Wochen pro Film und wenigen Filmen im Jahr ein besonders hohes Beschäftigungsrisiko und müssen gleichzeitig als Spezialisten qualifiziert bleiben. Darüber hinaus müssen sie flexibel und oft kurzfristig für Projekte zur Verfügung stehen.

Im Detail wurde in der Tarifverhandlung vom 21.11. festgelegt, dass die Gagen ab Juli 2012 um Sockelbeträge von 35 Euro angehoben werden, ab Januar 2013 um weitere 10 Euro und zusätzlich um 2 Prozent. Nicht zufriedenstellend bleibe der steigende Druck auf Produzenten und Beschäftigte in der Filmwirtschaft. „Denn dieser Druck führt zu kürzeren Produktionszeiten unter verschärften Arbeitsbedingungen. Zudem drängt eine unangemessene Sozialgesetzgebung Filmschaffende zwischen Filmprojekten ins soziale Aus, weil ihren Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung oftmals kein Anspruch auf ALG I folgt“, betonte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

„Die erzielte Vereinbarung gibt den Betrieben für zwei Jahre die notwendige Planungssicherheit“, sagte der Verhandlungsführer der Produzentenallianz, Christoph E. Palmer. Durch den um ein halbes Jahr verschobenen Zeitpunkt einer Erhöhung könne den Auftraggebern der Film- und Fernsehproduktionsbetriebe der neue Tarifvertrag zudem noch vermittelt werden, so dass er in den entsprechenden Kalkulationen Berücksichtigung finden kann.

Für Schauspielerinnen und Schauspieler steht ver.di zusammen mit dem Schauspielverband BFFS in Verhandlungen mit der Produzentenallianz zu einem erstmaligen Tarifabschluss für Schauspielergagen. **Christoph Brandt** ■

Viele Anträge abgelehnt



Umfrage des BundesFilmVerbandes in ver.di ist ausgewertet

In einer nicht repräsentativen Umfrage, die der BundesFilmVerband (BFV) deutschlandweit durchgeführt hatte, konnten Filmschaffende Angaben zu ihrer Beschäftigungs-, Einkommens- und Lebenssituation machen. Der Fragebogen diente dem Ziel herauszufinden, was genau an der seit Sommer 2009 geltenden Regelung zum ALG I für Film- und Kulturschaffende zu ändern sei. Die Ergebnisse sind alles andere als zufriedenstellend: Alle Befürchtungen seitens der BFV-Vertretung sind deutlich bestätigt worden.

„Haben Sie in den vergangenen zwei Jahren Arbeitslosengeld I (ALG I) nach der bis Ende Juli 2009 geltenden Regelung bezogen? Welchen Anspruch auf ALG I nach der bis Ende Juli 2009 geltenden Regelung haben Sie erworben? Oder haben Sie Anspruch auf ALG I nach der ergänzenden Regelung ab August 2009 erworben? Hat die tarifliche Zeitkontenregelung dazu beigetragen, dass Sie den Anspruch erworben haben?“ Diese Fragen waren Teil der Umfrage des BFV, die Film- und Fernsehschaffende im Zeitraum von Januar bis Mai beantworten konnten. Die Wissenschaftler des BEMA-Instituts für Soziologie der Universität Münster unter der Leitung von Prof. Andrea Bührmann, die die Studie auswerten, untersuchten zunächst, ob die neue Regelung den Anspruch der Filmschaffenden auf ALG I beeinflusste. Dies war bei etwas weniger als Zweidritteln der Befragten nicht der Fall. Denn nur 36 Prozent derjenigen, die einen ALG-I-Antrag auf Grundlage der verkürzten Anwartschaft gestellt haben, waren mit diesem erfolgreich. Fast jeder zweite Antrag wurde abgelehnt. Bei weiteren 17 Prozent haben die Arbeitsagenturen von einer Antragsstellung abgeraten und das, obwohl die einzelnen Kriterien für die verkürzte Anwartschaftszeit von großen Teilen der Befragten erfüllt worden waren.

■ Prekäre Bedingungen

Befragt nach den Gründen für die Ablehnung der entsprechenden Anträge auf ALG I wird insbesondere ein zu hoher Anteil an Projekten mit mehr als 42 Sozialversicherungspflichtigen (SV)-Tagen genannt, denn nur etwas mehr als zwei Fünftel arbeiten überwiegend in Projekten

mit weniger als 42 SV-Tagen. Knapp ein Drittel kommt innerhalb von zwei Jahren auf immerhin 180 bis 359 SV-Tage. Die Kombination aller drei Kriterien grenzt den Anteil der Bezugsberechtigten jedoch ein. Ein weiteres Kriterium für den Bezug von ALG I ist das Jahreseinkommen, welches bei gut der Hälfte der Befragten unterhalb der Bezugsgröße liegt.

Wenn es um prekäre Beschäftigungsverhältnisse geht, muss man die große Gruppe der Filmschaffenden differenziert betrachten. Denn die Befragten aus den Bereichen Darsteller/innen und Regie arbeiten häufiger unter prekären Bedingungen als Filmschaffende aus den Bereichen Produktion, Licht und Technik.

■ Arbeitszeitkonten

Einziger Lichtblick der neuen Regelung ist die Einführung von Arbeitszeitkonten, was von mehr als zwei Dritteln der Befragten (72 Prozent) positiv bewertet wird. Etwa jeder fünfte Befragte arbeitet pro Jahr in mindestens einem Projekt mit einem solchen Arbeitszeitkonto. Dieser Anteil gilt für tarifliche wie für pauschale Arbeitszeitkonten. Im Durchschnitt erwerben die Befragten durch den Einsatz von Arbeitszeitkonten 17 zusätzliche SV-Tage pro Jahr. Nur wenigen Befragten werden Arbeitszeitkonten von ihren Arbeitgebern durchgängig angeboten (9 Prozent). Wesentlich höher ist der Anteil derjenigen, die Arbeitszeitkonten immer von ihrem Arbeitgeber einfordern mussten (25 Prozent). Insbesondere in den Bereichen Licht und Technik und Ausstattung sind Arbeitszeitkonten etabliert. Bei den Darstellern sind sie kaum verbreitet.

Insgesamt sind die Befragten mit ihrer Lebenssituation eher weniger zufrieden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf ihre finanzielle Situation und den sozialen Status. Beide werden im Schnitt als befriedigend bis ausreichend bewertet. Viele Befragte leiden stark unter stressbedingten Beschwerden wie innerer Gespanntheit (34 Prozent) oder Schlaflosigkeit (14 Prozent).

Die Studie bietet eine gute Grundlage, die aktuelle Regelung, nach der man ALG I mit verkürzter Anwartschaft erhält, ernsthaft zu überdenken. **Christoph Brandt** ■

Keine Einigung

Gespräche zwischen AG Dokumentarfilm und ARD auf Eis gelegt

Nach monatelangen Verhandlungen um bessere Rahmenbedingungen für die Dokumentarfilmproduktion im Deutschen Fernsehen sind die Gespräche zwischen der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG DOK) und Vertretern der ARD jetzt ergebnislos abgebrochen worden. Ziel der Gespräche sollte die Vereinbarung fairer Vertragsbedingungen in einem Programm-Bereich sein, der zwar im Mittelpunkt des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags steht, der aber von den Sendern finanziell ausgetrocknet und vernachlässigt wird. Die neugegründete Sektion Dokumentation in der Allianz Deutscher Produzenten bedauert das Scheitern der Verhandlungen, wird aber sowohl mit der AG DOK als auch mit der ARD das Gespräch suchen, um den Faden wieder aufzunehmen.

Die Mittel für unabhängige Dokumentarfilmproduktionen stagnieren seit Jahren ohne Inflationsausgleich auf unterstem Niveau. Während Talkmaster Günter Jauch der ARD eine Viertel Millionen Euro pro Sendung wert ist, müssen zeit- und arbeitsintensive dokumentarische Programme mit einem Bruchteil dieses Betrages zurecht kommen. „Wir Dokumentarfilmer sind diejenigen Beschäftigten, die im ganzen Mediensektor am miserabelsten bezahlt werden. Es muss sich substanziell etwas ändern, sonst wird ein großer Teil der Firmen, die davon leben, dokumentarisches zu liefern, aufgeben müssen“, sagte der AG DOK-Vorsitzender Thomas Frickel.

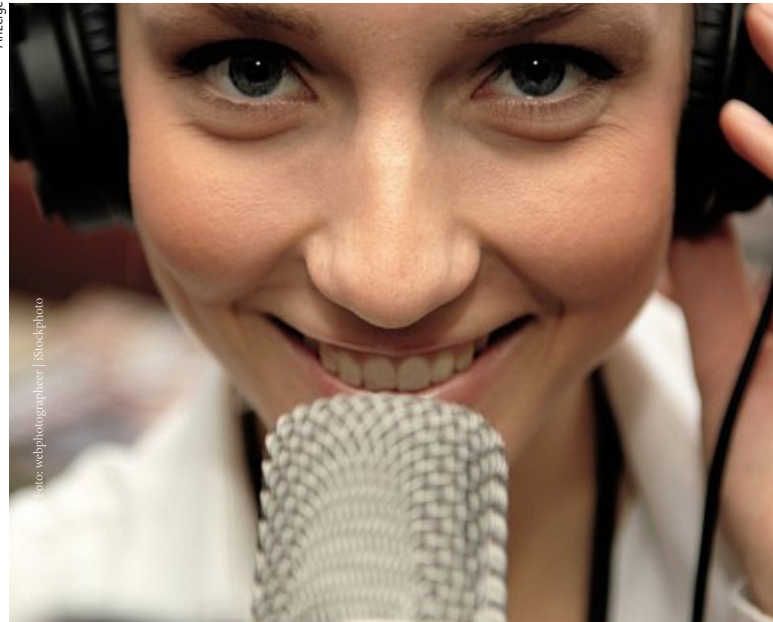
Nicht zuletzt deshalb hatten die Bundesländer bereits 2008 in einer Protokollnotiz zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag gefordert, die Sender müssten Urhebern und freien Produzenten „ausgewogene Vertragsbedingungen und eine faire Aufteilung der Verwertungsrechte“ gewähren. „Wenn aber trotz monatelanger Verhandlungen für so genannte voll finanzierte Auftragsproduktionen noch nicht einmal die tatsächlichen Produktionskosten anerkannt werden, dann ist das weder fair noch ausgewogen“, so Frickel weiter. Einer entsprechenden Modellrechnung der Produzentenseite hat die ARD übrigens nicht widersprochen.

■ **Transparenz bei Finanzierung gefordert**

Auch die neu gegründete Sektion Dokumentation der Produzenten-Allianz, aus deren Umfeld einige Produzenten an den sechs Verhandlungsrunden teilnahmen, fand harte Worte für den öffentlich-rechtlichen Verhandlungspartner: „Die ARD erkennt offenbar den Stellenwert der Kreativität für das Programm“, sagte Dagmar Biller, die Vorsitzende des Sektionsvorstands. „Die Einführung eines Produzentenhonorars wäre ein wichtiger Schritt für die Konsolidierung der dokumentarischen Produktionslandschaft.“ Denn es steht viel auf dem Spiel: Es geht um die Absicherung von Kreativen, die mit ihren Filmen eine entscheidende Säule des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darstellen. Hochwertige Dokumentationen im deutschen Fernsehen kann es nur mit einer kreativen und wirtschaftlich gesunden Produktionslandschaft geben. Dazu bedarf es – neben der von der AG DOK angestrebten Kalkulationsrealität – einer Wertschöpfungskette bei den Produzenten durch Rechteverbleib, einer politischen Mittelstandsförderung sowie Transparenz bei der Vergabe von Gebührengeldern. Die Erfüllung dieser Forderungen scheint jedoch nicht einmal ansatzweise möglich zu sein. *Christoph Brandl* ■



Anzeige



Ihre Altersversorgung mit Weitblick.

Maßgeschneidert für Sie als freien Mitarbeiter.

Weitere Informationen unter:
www.pk-rundfunk.de/4mmm1211

Sendeschluss

Empfang über Satellit bald nur noch digital

An einem baldigen Frühlingmittwoch wird manch einer unbeabsichtigt zum Schwarzer, denn: Am 30. April 2012, um drei Uhr morgens, beenden die deutschen TV-Sender europaweit die analoge Satellitenausstrahlung ihrer Programme. Etwa zwei Millionen Menschen hierzulande haben das aber noch nicht mitbekommen. Ihnen droht nun ein schwarzes Bild, sollten sie nicht zügig ihr Fernseh-Equipment anpassen. Aber, Entwarnung: Auch für den Laien ist das eine zu bewältigende technische Zumutung.

Damit der Zuschauer weiß, was genau zu tun ist, kümmert sich seit April 2010 „klardigital“ um Aufklärung – eine Initiative von Landesmedienanstalten, öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern sowie dem VPRT. Mit einer Website, TV-Spots, Flyern und Kampagnen in Presse und Hörfunk wird kontinuierlich an die Abschaltung erinnert und in leicht verständlicher Sprache Umstellungshilfe gegeben. „Das ist wie eine kleine technische Revolution. Man fängt an, sich mit seinem Fernseher privat auseinanderzusetzen“, schwärmt Brigitte Busch von ARD Digital angesichts der Tatsache, dass für viele Zuschauer Fernsehen bislang so selbstverständlich und unhinterfragt ist wie fließend Wasser aus dem Hahn: Man schaltet das Gerät an und die Kiste läuft.

Wer das auch in Zukunft so haben möchte, muss im Videotext eines Programms (etwa Das Erste, ZDF oder RTL, Sat.1) einfach die Zahl 198 eingeben. Hier ist nachlesbar, ob man überhaupt betroffen ist, also über eine analoge Satellitenanlage fernsieht, oder schon digital.

Wem das zu umständlich ist, sollte beim fernsehen selbst genauer hinschauen. Seit einiger Zeit werden in Aktionswochen bis zu sechs Minuten pro Stunde Laufbänder im aktuellen Programm eingeblendet – mit entsprechenden Abschalt-hinweisen, die aber nur analoge Sat-Kunden sehen.

Spätestens hier wird deutlich: Jetzt ist eine private Investition unvermeidbar. Der analoge Satellitenreceiver muss durch einen digitalen ersetzt werden – eine kleine Box, die zwischen Fernseher und Sat-Anschlussdose geschaltet wird. Wenn die

Empfangseinheit LNB an der Sat-Schüssel nicht älter als 10 Jahre ist, empfängt sie auch digital – ansonsten muss das kleine Kästchen am Sat-Schüsselarm gegen einen digitalen Universal-LNB ausgetauscht werden. Die gute Nachricht: Das Fernsehgerät muss nicht ausgetauscht werden.

Dass es überhaupt zur Abschaltung der analogen Satellitenübertragung kommt, hat nicht nur politische Gründe. Längst ist das grundsätzliche Ende des Analogzeitalters im Rundfunk beschlossen. Verständlich, können doch digital die wertvollen Ressourcen an Frequenzen und anderen Rundfunkübertragungskapazitäten effektiver genutzt werden als analog. Für die Programmveranstalter ist die Umstellung aber auch ganz praktisch eine Frage des Geldes. Ein analoger Satellitentransponder kostet die Fernsehsender zwölf Millionen Euro im Jahr. Da sie zusätzlich ihre Programme auch in zwei digitalen Formaten ausstrahlen – Standard (SDTV) und hochauflösend (HDTV) – summieren sich die Verbreitungskosten pro Programm auf das Dreifache. Klar, dass die Einstellung der analogen Übertragung im Interesse der öffentlich-rechtlichen und privaten Anbieter ist. Davon abgesehen bringt die Digitalisierung aber auch dem Zuschauer echte Vorteile.

Sie können mehr Programme in einer weit besseren Qualität sehen; letzteres insbesondere dann, wenn sie Geräte besitzen, mit denen sie das hoch auflösende HDTV empfangen. Das digitale Zeitalter ist denn auch bei den meisten Satellitenkunden in Deutschland schon angekommen. Rund siebzehn Millionen Haushalte haben eine „Schüssel“ auf dem Dach oder am Balkon und über 85 Prozent von ihnen schauen bereits digital. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die deutsche Medienpolitik in Abstimmung mit den Landesmedienanstalten, den Sendern und dem Satellitenbetreiber ASTRA einen bundes-

einheitlichen Abschalttermin vereinbart hat.

Doch nicht nur Privathaushalte sind von der Umstellung betroffen. Rund 40.000 Gemeinschaftsanlagen in Krankenhäusern, Hotels oder Wohnhäusern müssen ebenfalls umgerüstet werden. Und für die könnte es zeitlich eng werden, vor allem, weil viele Verantwortliche bisher nur unzureichende Kenntnisse über die Analogabschaltung haben. Fast die Hälfte von ihnen kennt nicht einmal den Abschalttermin, ergab eine Umfrage der Deutschen TV-Plattform. Und mehr als jeder Dritte der Befragten wusste nicht, wie er seine Anlage aufrüsten soll. Dabei ist der Umrüstaufwand dort ohnehin höher und mit größeren Kosten verbunden als bei Privathaushalten. Außerdem bedarf es einer längeren Vorlaufzeit.

Brigitte Busch von der ARD zeigt sich allerdings optimistisch, dass im kommenden Jahr viele Nachzügler noch rechtzeitig umrüsten. „Das hat mit Investitionsplänen zu tun. Das heißt, selbst wenn sie wissen, dass sie umschalten müssen, kann es sein, dass sie 2011 noch nicht gehandelt haben, weil die neuen Etats erst ab 2012 laufen.“

Am 21. Januar 2012 jedenfalls wird „klardigital“ in Deutschland die heiße Kommunikationsphase einläuten, damit auch der Letzte mitbekommt, dass bald Sendeschluss ist beim analogen Satelliten. Alle Zuschauer, so ist man sich aber jetzt schon sicher, wird man dennoch nicht erreichen. Bis zu einer Million Haushalte könnten trotz aller Bemühungen am 30. April 2012 schwarz sehen, so die Schätzungen. Andreas Berczky, Produktionsdirektor des ZDF, sieht dem jedoch entspannt entgegen. „Es gibt ähnliche Umstellungen in der Geschichte“, erinnert sich der Technikmann: „In den 60er Jahren hat man in Schweden an einem Wochenende von Links- auf Rechtsverkehr umgestellt und da gab es auch Leute, die am Morgen aufgestanden sind und festgestellt haben: Wieso fahren alle auf der falschen Seite?“ Allerdings, so Berczky, hoffe er, „dass wir ab dem 1. Mai nur über eine kleine Restmenge an Haushalten reden müssen, die nicht umgestellt haben“. Immerhin gibt's die Alternativen: Schließlich kann man auch noch über Antenne, Kabel und Internet fernsehen. **Vera Linß** ■



Abbildungen: klardigital.de



Unter Verdacht

Göttinger Radioredakteur vom Verfassungsschutz beobachtet

Der Göttinger Journalist Kai Budler wird seit mindestens 14 Jahren vom Verfassungsschutz ausgespäht. Im Februar hatte der 43-Jährige in Dresden eine Demonstration begleitet, die sich gegen Neonazis richtete. Die Berichterstattung über Rechtsradikalismus ist Budlers Spezialgebiet. Als die Tageszeitung (taz) aufdeckte, dass die Polizei in diesem Zusammenhang rund eine Million Handydaten aufgezeichnet hatte, wollte er wissen, ob auch er betroffen war und stellte ein Auskunftsersuchen bei verschiedenen Polizei- und Staatsschutzbehörden.

Niedersachsens Schlapphüte räumten ein, den Journalisten bereits seit 1997 im Visier zu haben. Das Pikante: Die Datensätze beziehen sich zum großen Teil auf seine Arbeit. So ließen Erkenntnisse vom 10. Juli 2000 den Schluss zu, dass er ein Mitarbeiter des Göttinger Stadtradios sei, heißt es in einem Schreiben an seinen Anwalt.

Tatsächlich ist Budler seit dem Jahr 2000 bei dem Lokalsender als Redakteur beschäftigt. Damals hatte er das Ressort Polizei übernommen. Der 10. Juli sei das Datum an dem er sich als neuer Ressortleiter persönlich bei der Polizei vorgestellt habe, vermutet Budler. Weitere Einträge zählen Demonstrationen auf, an denen er teilgenommen haben soll. Der jüngste bezieht sich auf März dieses Jahres: „Ihr Mandant war, aufgrund der Ereignisse in Japan, Teilnehmer einer Anti-Atom-Demonstration“.

Budler bestreitet nicht, zu den Demos gegangen zu sein, allerdings nicht als Teilnehmer: „Ich war da, um darüber zu berichten“. Dass der Verfassungsschutz seine Informationen offensichtlich von der Polizei bekomme, bringe ihn in eine schwierige Situation. „Schließlich spricht man in einer kleinen Stadt wie Göttingen schon aus Höflichkeit mit den Beamten, wenn man zu Demonstrationen geht“, dann in den Akten zu landen, sei absurd.

Verfassungsschutz-Sprecherin Anke Klein räumt ein, es habe „isoliert betrachtet keine Relevanz“, dass Budler als Redakteur beim Stadtradio beschäftigt sei und er in dieser Funktion Demonstrationen begleitet habe. Der Verfassungsschutz wirft dem Journalisten aber vor, „Teil einer linksextremistischen Bewegung“ zu sein. Deswegen seien die Daten gespeichert worden. Für Budler ist es unmöglich, diese Behauptung zu entkräften, denn Genaueres teilt die Behörde nicht mit. Dieser Teil

seiner Akte ist mit einem Sperrvermerk versehen.

Neben dem Verfassungsschutz speicherte auch die Polizeidirektion Göttingen Daten Budlers. In einem Schreiben vom 1. August 2011 hatten die Beamten allerdings zunächst behauptet, es lägen keine Informationen vor. Gut zweieinhalb Monate später wurde in einem erneuten Schreiben von Göttingens Polizeivizepräsident Roger Fladung eingeräumt, dass doch zwei Datensätze vorhanden gewesen waren. Der Datenschutzbeauftragte der Polizeidirektion habe sie aus „Anlass ihres Auskunftsersuchens“ löschen lassen.

Nachdem Polizei-Sprecherin Dagmar Leopold sich Anfang November noch in der NDR-Sendung ZAPP zu dem Fall geäußert hatte, gibt sie sich nun wortkarg. „Es ist bereits alles gesagt“, teilte sie auf Anfrage mit. Auch bei ZAPP hatte sie weder erklären können, warum die Göttinger Polizei

Daten Budlers speicherte, noch um was es sich konkret gehandelt hatte. In dem Schreiben Fladungs ist von „allgemeinen Staatsschutzereignissen“ die Rede. Die zuerst erteilte Auskunft, es seien keine Daten vorhanden, sei missverständlich gewesen.

Der Niedersächsische Datenschutzbeauftragte hat unterdessen veranlasst, dass der Verfassungsschutz zwei weitere Datensätze offenlegen muss. Budler reicht das nicht. Er will wissen, was sich hinter dem Sperrvermerk verbirgt, um auf die Vorwürfe der Behörde reagieren zu können. Zudem müsse die Behörde alle Daten löschen und es müsse geklärt werden, ob die Polizeidirektion Göttingen rechtmäßig gehan-

delt hat, als sie vorhandene Daten im direkten Zusammenhang mit seiner Anfrage löschen ließ. Hierzu sind Klagen vor dem Göttinger Verwaltungsgericht anhängig.

Dass er beobachtet wird, beunruhigt Budler. Er hält sich in seiner Arbeit für eingeschränkt und die Pressefreiheit für gefährdet. Bei der Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Union wird der Fall ähnlich problematisch gesehen. Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß sagte, „der Fall unseres Kollegen zeigt, dass der Verfassungsschutz Grenzen überschreitet, die die Verfassung explizit zieht, um die Pressefreiheit zu schützen“. Es sei nicht auszudenken, was es für Auswirkungen hätte, wenn so ein Beispiel Schule mache. Budler wird vom ver.di-Rechtsschutz bei seinen Klagen unterstützt.

Inzwischen ist auch Niedersachsens Landespolitik aufmerksam geworden. Die Grünen haben eine Anfrage im Landtag gestellt. In seiner Antwort brachte Innenminister Uwe Schünemann jedoch kein Licht ins Dunkel. Die Linke machte den Fall zum Thema einer Anhörung im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, dem Kontrollgremium des Landtags – was hier besprochen wurde ist allerdings geheim. **Jakob Epler** ■

Anzeige

Ausgezeichnet.



Abdruck 2012
Der Journalistenpreis
für zahnmedizinische
und zahntechnische
Themen

Ihre Recherche ist aufwändig. Sie verarbeiten auch schwierige Themen zu einem leserfreundlichen Beitrag. Das gelegentliche Lob Ihres Chefredakteurs sollte Ihnen nicht genügen. Bewerben Sie sich mit Ihrer Arbeit. Wir zeichnen herausragenden Zahnmedizinjournalismus aus.

Infos: 0221/170 99 740 – www.prodente.de
Einsendeschluss: 15. Januar 2012

prodente

Gegen das Vergessen

Digitalisierung des Kulturerbes: Von lokalen Projekten bis zur Weltbibliothek

„Was nicht im Netz ist, wird nicht in der Welt sein.“ Davon zeigte sich Paul Klimpel von der Deutschen Kinemathek bei der Konferenz „Ins Netz gegangen – Neue Wege zum kulturellen Erbe“ Mitte November in Berlin überzeugt. Neue digitale Wege zum europäischen Kulturerbe bietet bereits seit 2008 die „Europeana“ der Europäischen Union mit inzwischen 20 Millionen Digitalisaten. Auch eine „World Digital Library“ ist mit über 4.000 besonderen Exponaten im Netz. Nur das geplante zentrale Portal des deutschen Kulturerbes, die „Deutsche Digitale Bibliothek“, lässt noch auf sich warten.

Die Berliner Konferenz, veranstaltet von Internet & Gesellschaft Co:llaboratory, der Deutschen Kinemathek, der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und Wikimedia, widmete sich den „Auswirkungen des Informationszeitalters auf Bibliotheken, Archive und Museen“. Klimpel, der auch Leiter der Arbeitsgruppe „Kulturelles Erbe und digitale Welt“ der Internet & Gesellschaft Co:llaboratory ist, eines eher informellen Bunds aus Kultur-, Wissenschafts- und Internetexperten mit Kooperationspartner Google, erklärte, nicht-digitalisierte Kulturgüter drohen „in einem schwarzen Loch des Vergessens“ zu verschwinden.

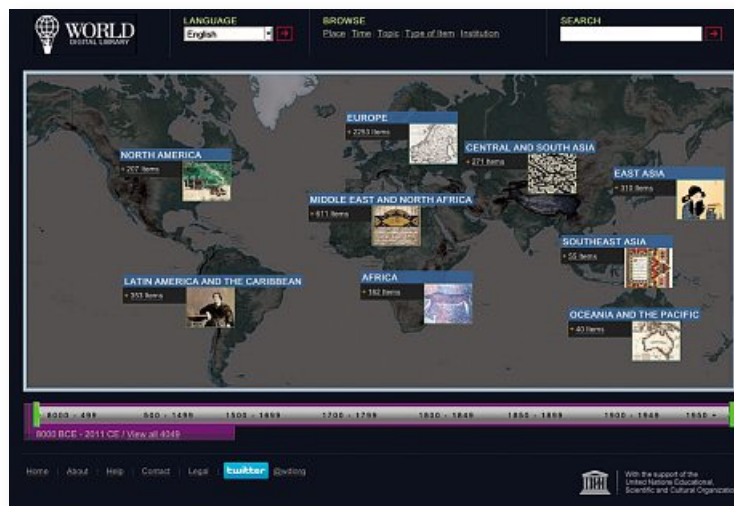
Um diesem Vergessen vorzubeugen, sind zahlreiche deutsche Bibliotheken, Museen und Archive derzeit dabei, ihre Schätze einzuscannen und nicht nur im Lesesaal oder in den Ausstellungsräumen zugänglich zu machen. An vorderster Stelle tut dies die Bayerische Staatsbibliothek in München, die ihr Online-Angebot von Handschriften und Büchern im März 2011 auf eine halbe Million steigern konnte. Dabei arbeitet die Staatsbibliothek im Bereich der Bücher seit 2007 mit Google zusammen, ein Weg, für den sich inzwischen auch die Österreichische Nationalbibliothek entschlossen hat. Der Konzern hat das Einscannen für die Münchner Bibliothek auf eigene Kosten übernommen, die öffentliche Nutzung ist gewahrt. Im Gegensatz zu

den USA scannt Google hier bisher nur Bücher, auf denen keine Urheberrechte mehr liegen, speziell Ausgaben aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Davon besitzt die Münchner Staatsbibliothek rund eine Million Ausgaben, die bis 2014 im Netz zugänglich sein sollen.

Bei seiner Kooperation mit fünf amerikanischen Universitäten hat sich Google nicht auf sogenannte gemeinfreie Werke beschränkt, sondern auch verwaiste Werke, deren Urheber nicht mehr festgestellt oder gefragt werden können, obwohl die Frist von 70 Jahren noch nicht abgelaufen ist, und urheberrechtlich geschützte Bücher eingeleitet. Das hat den Universitäten und Google Klagen von Autorenverbänden eingebracht. Die gerichtliche Klärung des Google Settlement ist noch offen, der nächste Termin ist am 12. Dezember (siehe dazu den Bericht in M 10/2011).

Die Münchner Staatsbibliothek hat die Nase nicht nur beim Einlesen ihrer Schätze vorn, sie geht auch offensiv auf die User zu und bietet Apps zu besonderen Kostbarkeiten wie ihrer Sammlung orientalischer Prachthandschriften oder zu dem bei Bayern-Touristen so beliebten König Ludwig II., dies natürlich auch in englischer Sprache. Für viele kleinere Bibliotheken, Museen und Archive ist das Digitalisieren finanziell wie personell ein kaum zu leistender Aufwand. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise hat deshalb die Universität Greifswald die Vorreiterrolle für eine digitale Landesbibliothek übernommen.

Entsprechend der föderalen Struktur Deutschlands mit ihren vielen, seit Jahrhunderten bedeutenden Kulturzentren, gibt es viele lokale und regionale Digitalisierungsbestrebungen, verschiedene thematische Komplexe und auch einen Hang zur Selbstdarstellung der Institutionen. So hat die Goethe-Universität in Frankfurt/Main in den vergangenen zwei Jahren zusammen mit Wissenschaftlern aus zehn europäischen Institutionen nach eigener Aussage Millionen von Dokumenten zur jüdi-



Die „Weltbibliothek“

schen Kultur in einer Datenbank zusammengetragen und wird Ende 2011 das von der Europäischen Union mit 1,5 Millionen Euro geförderte Projekt „Judaica Europeana“ abschließen. Die Uni- und die Stadtbibliothek Trier melden stolz, dass sie die Handschriften der Benediktinerabtei St. Matthias in die „Manuscripta medievalia“ einspeisen können. Diese macht derzeit mehr als 75.000 abendländische Handschriften aus überwiegend deutschen Bibliotheken zugänglich. Träger dieser Internet-Sammlung mittelalterlicher Handschriften sind die Bayerische Staatsbibliothek, das Deutsche Dokumentationszentrum für Kunstgeschichte – Bildarchiv Foto Marburg und die Staatsbibliothek zu Berlin (Stiftung Preussischer Kulturbesitz). Letztere arbeitet mit der Uni Oxford beim Sammeln von Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg zusammen und hat vor kurzem ein gemeinsames Digitalisierungsprojekt mit der Polnischen Nationalbibliothek angekündigt.

Was noch fehlt in all den deutschen Bemühungen ist die Klammer, das von Kulturstatsminister Bernd Neumann angekündigte Portal einer Deutschen Digitalen Bibliothek DDB. Frank Simon-Ritz, Direktor der Unibibliothek in Weimar und Vorstandsmitglied des Deutschen Bibliotheksverbands, schätzte die Kosten der Digitalisierung in einem Gespräch mit dem RBB auf zehn Millionen Mark jährlich in den kommenden fünf Jahren. Die DDB wurde im Dezember 2009 von der Bundesregierung mit einer Aufbaufinanzierung von fünf Millionen Euro, auch für die techno-



Epitoma Rerum Hungaricarum, Petrus Ransanus, 1490-92



Das Nibelungenlied (Codex A), Seite 26 und 27 eines 131 Seiten Dokuments, geschrieben um 1195 – 1204

ScreenShot: www.wdl.org/en/ Dokument: www.wdl.org/en/item/4116

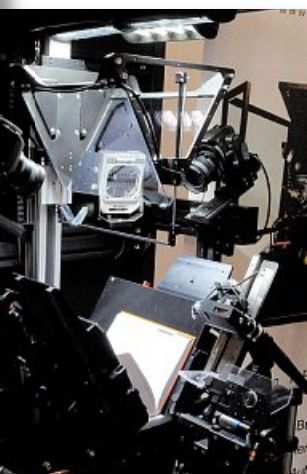


Foto: Bayerische Staatsbibliothek / Tirmi Gessner

Mit dem Scan-Roboter werden Bücher vollautomatisch und schonend digitalisiert

logische Entwicklung durch das Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme in St. Augustin, und einer jährlichen Summe von 2,6 Millionen durch Bund und Länder ausgestattet. Die Anschubfinanzierung ist inzwischen auf acht Mio Euro aufgestockt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG ist groß in die Förderung der Digitalisierung eingestiegen, etwa mit Kooperationsprojekten bedeutender Bibliotheken zum Katalogisieren und Einlesen aller Frühdrucke in Deutschland.

Den Bundestag wird das Thema ebenfalls weiter beschäftigen. Es liegen Anträge von vier Fraktionen zur Unterstützung der DDB vor, die Linke fordert sogar eine Fördersumme von 30 Millionen Euro. Im Mai 2011 hat Kulturstaatsminister Neumann in der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig erklärt, dass der enorme Finanzbedarf für die Digitalisierung alles übersteige, was Bund, Länder und Kommunen leisten könnten. Deshalb stehe er einer Kooperation der Kultureinrichtungen mit der Privatwirtschaft „aufgeschlossen“ gegenüber, wenn „keine privaten Informationsmonopole“ entstünden und „die Urheberrechte gewahrt“ würden – „so wie es die Bayerische Staatsbibliothek ja schon erfolgreich praktiziert“.

Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Vor-

standssprecher der DDB, erklärte bei der Konferenz „Ins Netz gegangen“, dass Deutschland jetzt schon enormen Nachholbedarf habe, andere Länder wie Großbritannien und Frankreich seien schneller. So habe Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy 750 Millionen Euro für das digitale Kulturerbe versprochen – vor der jüngsten Wirtschaftskrise. Allerdings will Frankreich auch rund eine halbe Million vergriffener Bücher aus dem 20. Jahrhundert digitalisieren und die Digitalisate in den Verkauf bringen. Dafür müsse wohl das französische Urheberrecht geändert werden, spekulierte das Börsenblatt im Februar. Die British Library hat inzwischen trotz energischen Widerspruchs der Verlegerfamilie Murdoch 40 Millionen Zeitungsseiten aus den vergangenen 350 Jahren digital zugänglich gemacht.

Die Deutsche Digitale Bibliothek wird jedenfalls nicht, wie vom Kulturstaatsminister wiederholt angekündigt, Ende dieses Jahres online gehen. Wie die Koordinatorin des DDB-Aufbaus, Ute Schwens von der Deutschen Nationalbibliothek Frankfurt am Main, zu M sagte, sei damit wohl erst im Sommer 2012 zu rechnen. Der Aufbau hinge von der Geschwindigkeit der liefernden Institutionen ab, in vielen Museen und Archiven sei aber noch nicht viel geschehen. Dieser umfassende Anspruch – Neumann bezifferte die Zahl der gefragten Institutionen auf 30.000 – hatte schon im vergangenen Jahr heftigen Widerspruch ausgelöst. So erklärte der Vorgänger Parzingers bei der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und jetzige Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, im Börsenblatt, der Start der DDB sei mit zu vielen und zu heterogenen Partnern geplant, typisch „deutscher Vollständigkeitswahn“. Der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek Rolf Griebel emp-

fahl im Spiegel, sich auf ausgewählte Schwerpunkte und Themen zu konzentrieren.

Eine Konzentration auf die großen Zulieferer wie die Münchner Bibliothek sieht auch Ute Schwens als den geeigneten Weg, die virtuellen Regale der DDB schnell zu füllen. „Wenn wir online gehen, muss auch schon ein bisschen was drin sein“, erklärte sie M. Unter „ein bisschen was“ versteht die Koordinatorin ein bis zwei Millionen digitale Exponate, also bis zum Vierfachen dessen, was die Staatsbibliothek in München derzeit zu bieten hat. Die DDB werde das aufnehmen, was jetzt schon deutscher Beitrag in der Europeana sei und künftig als Aggregator dem europäischen Portal dienen. Dabei sollen den deutschen Institutionen die vom Fraunhofer-Institut entwickelten Tools für eine einheitliche Digitalisierung zur Verfügung gestellt werden.

Bis dahin muss der kulturbegeisterte Internetnutzer noch direkt auf die Seiten der großen Bibliotheken zugreifen, in der Suchmaschine des Europäischen Rats The European Library nachschauen oder sein Objekt der Begierde bei der Europeana mit ihren inzwischen 20 Millionen Exponaten suchen. Und für den weltweiten Kulturgenuß „absoluter Spitzenstücke“ (so die mit 18 Stücken beteiligte Bayerische Staatsbibliothek) steht die noch sehr kleine World Digital Library von UNESCO und der US-Library of Congress zur Verfügung.

Mit weniger Besuchern in Lesesälen und Ausstellungen rechnen die Vorreiter des Kulturgenußes am Schreibtisch dennoch nicht: 120 Millionen Besuche verzeichneten die öffentlichen Bibliotheken in Deutschland im vergangenen Jahr. „Nie waren die Lesesäle so gut besucht wie heute“, hieß es im Juni 2011 beim 100. Bibliothekentag in Berlin. Wie Konferenzleiter Klimpel im Saarländischen Rundfunk meinte: „Das Netz zieht die Leute zu den Originalen.“ Deshalb wird es auch für die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel kein Nachteil sein, dass sie die Prachtstücke ihrer Ausstellung „Verklingend und ewig – 1.000 Jahre Musikgedächtnis“ (bis 26. Februar 2012), jetzt stolz im Netz präsentieren kann: Zwei Pergamente aus dem 13. Jahrhundert mit polyphonen Kompositionen aus der Kathedrale Notre-Dame in Paris. Susanne Stracke-Neumann ■

Links
www.ins-netz-gegangen.org
www.deutsche-digitale-bibliothek.de (ddb.de)
www.manuscripta-medievalia.de
www.europeana.eu
www.theeuropeanlibrary.org
www.worlddigitallibrary.org (wdl.org/en)

So viel Heimlichkeit

Südafrikaner beschlossen Gesetz zur Informationsunterdrückung

Kein schönes Weihnachtsgeschenk für Südafrikas Journalisten: Der regierende African National Congress (ANC) nutzte seine absolute Mehrheit, um ein neues Gesetz zum Schutz geheimer Regierungsinformationen durchs Parlament zu bringen. Das gibt der Regierung weitreichende Befugnisse, brisante Dokumente als geheim zu klassifizieren – und bedroht Journalisten und Whistleblower mit bis zu 25 Jahren Haft.

Die Wochenzeitung *Mail & Guardian* lieferte Mitte November einen bitteren Vorgeschmack auf das, was Südafrikas Medienlandschaft bald drohen könnte. Eine Woche vor der Parlamentsabstimmung über das Protection of Information Bill (Gesetz zum Schutz von Informationen) machte das Blatt mit einer investigativen Geschichte über Mac Maharaj, Sprecher von Staatspräsident Jacob Zuma, auf. Maharaj könnte in einen Korruptionsskandal verwickelt sein, lässt die Einleitung des Artikels wissen – danach sind dreiviertel des Textes in großen dunklen Kästen geschwärzt. Maharaj's Anwälte hatten mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht, weil verwendete Informationen aus einem geheimen Verhör stammten. Zu den eigentlichen Vorwürfen äußerte sich der Politiker nicht. Auf Drängen der eigenen Rechtsabteilung entschied sich der *Mail & Guardian* schließlich zu den Schwärzungen und einem großen „Zensiert“-Banner auf dem Titel.

Einen direkten Zusammenhang mit dem neuen Gesetz gibt es nicht, die Veröffentlichung von Inhalten geheimer Verhöre – ein Sondermodell des südafrikanischen Rechtsstaats, bei dem die Befragten gegenüber der Polizei nicht schweigen, ihre Aussagen im Gegenzug aber auch nicht vor Gericht verwendet werden dürfen – ist seit jeher illegal. Geht es nach dem regierenden ANC soll das für die Presse verwertbare Material zukünftig aber noch wesentlich weiter eingeschränkt werden. Das Gesetz, das die Partei mit ihrer absoluten Mehrheit Ende November trotz deutlicher Proteste durchs Parlament brachte, erlaubt dem Ministerium für Staatssicherheit, Dokumente als geheim zu klassifizieren – und bei hinreichender Begründung auch sämtlichen anderen Ministerien die Erlaubnis zur Geheimhaltung zu geben. Zwar sieht das Gesetz eine Berufungskommission im Parlament vor, doch auch die steht unter dem Einfluss des Sicherheitsministers, Siyabonga Cwele. Der machte bereits in der Woche vor der Parlaments-

abstimmung deutlich, welch Geistes Kind er ist, als er Gegnern des Gesetzentwurfs vorwarf, von ausländischen Spionen finanziert zu sein. Der anschließenden Aufforderung des Journalistenverbands SANEF, Beweise für seine wirren Anschuldigungen vorzulegen, kam der oberste Geheimdienstchef freilich nicht nach. Die Gesetzes-Gegner, zu denen neben Journalistenverbänden, Menschenrechtsorganisationen und sämtlichen Oppositionsparteien mit dem Gewerkschaftsbund COSATU sogar ein wichtiger Allianzpartner des ANC gehören, fordern eine Überarbeitung des Gesetzes.

■ Mit Gefängnis bedroht

Auch international wächst die Kritik. „Das Gesetz gefährdet den investigativen Journalismus und greift die Pressefreiheit an“, appellierte Reporter ohne Grenzen an Präsident Zuma, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Hauptkritikpunkte sind die hohen Haftandrohungen – nach jetzigem Stand soll der unbefugte Besitz als geheim klassifizierter Dokumente mit Gefängnisstrafen zwischen fünf und 25 Jahren bestraft werden – und das Fehlen einer Ausnahmeklausel für Veröffentlichungen im öffentlichen Interesse, beispielsweise bei Recherchen zu Vetternwirtschaft und Korruption. „Zusammen mit der Androhung eines Medien-Tribunals, der Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Medien, den jüngsten Verhaftungen von und Schikaren gegen Journalisten deutet dieses neue Gesetz auf eine immer feindlichere Atmosphäre für Journalisten hin“, fürchtet der Johannesburger Journalistik-Professor Anton Harber. „Das neue Gesetz wird es schwerer

und riskanter machen, gewisse Teile der Regierung zu überprüfen und kann daher zu schlechter Regierungsarbeit und zunehmender Korruption beitragen.“

Auch Dale McKinley, Sprecher der Kampagne Right2Know, warnt vor den Folgen: „Das Gesetz stellt eine Bedrohung für Whistleblower dar und schafft ein ernstes Klima der Einschüchterung – für den freien Informationsfluss wirkt es wie eine Staumauer“. Der Johannesburger Politikwissenschaftler warnt vor dem Hintergrund interner Machtkämpfe im ANC zudem vor einem „Werkzeug zur Machtssicherung“ der Fraktion um den Präsidenten. „Zuma und sein Flügel sind in der Vergangenheit durch eine Reihe öffentlich gewordener Korruptionsskandale in Verlegenheit gebracht worden und das hat sie mächtig sauer gemacht.“ Das neue Gesetz würde ihnen helfen, kritische Veröffentlichungen zu stoppen. Es gilt daher als unwahrscheinlich, dass entweder die ebenfalls vom ANC dominierte Länderkammer, die noch zustimmen muss, oder der Präsident mit einer Verweigerung seiner Unterschrift das Gesetz noch aufhalten.

Beunruhigend ist daher auch, was direkt nach der Abstimmung passierte: Unter höhnischen Bye-Bye-Rufen aus den Reihen des ANC verließen die Chefredakteure der führenden Medien des Landes, die der Abstimmung beigewohnt hatten, nach der Verkündung des Ergebnisses den Saal. Oppositionsführerin Helen Zille von der konservativen Democratic Alliance sah trotzdem noch „Licht am Ende des Tunnels“. Wie mehrere andere Gesetzesgegner auch kündigte sie an, gegen das Gesetz vor dem Verfassungsgericht zu klagen. Hoffnung schöpfen die Südafrikaner auch aus dem Kampf vieler Journalisten gegen das Apartheid-Regime. „Journalisten in diesem Land haben immer listige und geschickte Wege gefunden, um an Informationen zu kommen, selbst im Angesicht viel ernsterer Gesetze“, so Harber.

Christian Selz, Port Elizabeth ■

Mondli Makhanya, Redakteur der South African Sunday Times, spricht während einer Demonstration gegen das Gesetz Protection of Information Bill in Cape Town.



Klares Signal für die Freiheit

Jemenitische Journalistin Tawakkul Karman erhält Friedensnobelpreis

Foto: Yahya Arhab / epa



Drei Frauen bekommen in diesem Jahr den Friedensnobelpreis. Neben der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf wird auch die Bürgerrechtlerin Leymah Gbowee – ebenfalls aus dem westafrikanischen Liberia – ausgezeichnet. Zudem nimmt am 10. Dezember in Oslo auch die jemenitische Journalistin Tawakkul Karman den Preis entgegen.

Das Nobel-Komitee hätte es sich leicht machen können. In diesem Jahr waren die Protagonisten des arabischen Frühlings die Favoriten. Ein ägyptischer Blogger oder eine Studentenaktivistin aus Tunesien hätten sicher weltweit Zustimmung erhalten. Doch vielleicht hat das Komitee demonstrativ nicht auf die Quotenkönige setzen wollen. Oder die Osloer zweifeln an der Nachhaltigkeit der Protestbewegung. Wie sich beispielsweise Ägypten entwickeln wird, ist offen. Und nicht selten sind Preisträger der Auszeichnung im Nachhinein nicht gerecht geworden.

Jedenfalls geht der diesjährige Preis „nur“ zu einem Drittel in den arabischen Raum. Und zwar in den Jemen, also eher an den Rand der Protestwelle. Ob die Revolution dort eine Erfolgsgeschichte wird, weiß gegenwärtig niemand. Doch Oslo hat mit dem Preis für Tawakkul Karman ein klares Signal an alle an der Macht klebenden Präsidenten gegeben, dem Drän-

gen nach Freiheit nachzugeben. Und in der Tat sieht es inzwischen so aus, als würde der langjährige Machthaber Ali Abdullah Saleh sein Amt aufgeben. Zumindest hat er nach monatelangem Zögern Ende November schriftlich seiner Demission zugestimmt. Das ist zweifellos auch ein Verdienst von Tawakkul Karman.

Manchen mag es irritieren: Die neue Friedensnobelpreisträgerin, die Journalistin, Politikerin und Menschenrechtlerin Tawakkul Karman, ist keine klassische pro-westliche Anhängerin der Demokratiebewegung. Sie ist Mitglied einer konservativ-islamischen Partei. Gleichwohl hat sie sich an die Spitze der Proteste gestellt, hat zahllose Frauen zum Widerstand gegen das reformunwillige Regime von Präsident Saleh motiviert – und das in einer sehr männlich geprägten Gesellschaft. Eine Frau wie Tawakkul Karman zeigt, dass Menschenrechte und Islam – entgegen den Vorurteilen vieler flüchtiger Betrachter – wunderbar harmonieren können.

Tawakkul Karman wurde 1979 geboren; ihr Vater ist der ehemalige jemenitische Justizminister Abdul-Salam Karman. Er löste sich 1994 von Saleh, als das Regime Proteste gewaltsam niederschlagen ließ. Seine Tochter berichtet, dass er mit ihr zu Hause oft über Demokratie und Fehlentwicklungen im Jemen gesprochen hat. Als Journalistin recherchierte sie später selbst Missstände: Sie kritisierte Kinderhehen und spezialisierte sich auf Menschenrechtsthemen. 2005 gründete sie die

Organisation „Journalistinnen ohne Ketten“. Später begann sie, wöchentlich vor dem Regierungspalast für die Freilassung politischer Gefangener sowie für Meinungs- und Pressefreiheit zu demonstrieren. Manchmal war sie fast allein, denn in dem arabischen Armenhaus mit seiner gigantischen Jugendarbeitslosigkeit ließen sich Mitstreiter nicht leicht finden.

Das hat sich mit Beginn des „Arabischen Frühlings“ im Januar dieses Jahres geändert. Karman ist das Gesicht des Protests im Jemen geworden, Tausende sind mit ihr aufgestanden. Sie stand an der Spitze der Demonstrationen in der Hauptstadt Sanaa, lebte dort monatelang in einer Zeltstadt und sah ihre drei Kinder nur abends manchmal. Tawakkul Karman erhielt Morddrohungen und wurde mehrfach inhaftiert. Ihren Widerstand konnte das nicht brechen.

„Ich widme den Preis dem Arabischen Frühling“, sagte sie, als sie im Oktober von der Auszeichnung durch das Nobelkomitee erfuhr. Gemeinsam mit ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern wolle sie dem Jemen Freiheit und Würde wiedergeben. Worte wie Demokratie und Modernität gehen ihr wie selbstverständlich über die Lippen. Den Gesichtsschleier hat die gläubige Muslimin abgelegt, das Kopftuch trägt sie weiterhin. Als ihre Vorbilder nennt die erste mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Araberin Nelson Mandela, Mahatma Gandhi und auch Hillary Clinton.

Harald Gesterkamp ■

Neue Welle der Gewalt gegen Journalisten

Reporter ohne Grenzen (ROG) zeigt sich besorgt über die neue Welle der Gewalt gegen Journalisten und Blogger in Ägypten. Bei den Ausschreitungen in Kairo der vergangenen Tage wurden zahlreiche Medienschaffende festgenommen und attackiert. Eine französische Fernsehjournalistin und eine ägyptisch-amerikanische Journalistin berichten von sexuellen Angriffen durch eine nicht identifizierbare Gruppe von Männern und durch Sicherheitskräfte. „Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen erinnert an die Gewalt in den Tagen der

Revolution im Januar und Februar. Wir befürchten, dass Misshandlungen und Übergriffe gegen Reporter noch zunehmen“, heißt es in einer ROG-Pressemitteilung. Insgesamt zählt ROG allein zwischen dem 19. und 25. November 19 Festnahmen von Journalisten und Bloggern. Mindestens zwei von ihnen – die ägyptisch-amerikanische Dokumentarfilmerin Jehane Noujaim und ihr Kameramann Magdi Aschur – sind nach vorliegenden Informationen noch in Haft. Beide wurden am 23. November in der Nähe des Tahrir-Platzes festgenommen

und sollen in Kürze vor ein Militärgericht gestellt werden. ROG fordert ihre sofortige Freilassung. Dokumentiert sind darüber hinaus mindestens 15 tätliche Übergriffe gegen Journalisten. Einige Reporter mussten im Krankenhaus behandelt werden. ROG drängt außerdem zum wiederholten Mal, die Verfolgung von Internetdissidenten zu beenden und die beiden Blogger Maikel Nabil Sanad und Alaa Abdel Fattah freizulassen. Die Organisation sammelt weiterhin Unterschriften für eine Petition an den ägyptischen Militärrat. PM ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 16. bis 18. Januar: Kreatives Schreiben – Zeitschrift I. 21./22. Januar: Bücher schreiben – Belletristik I + II. 22./23. Februar: Presserecht und Medienethik. 22. bis 24. Februar: Kreatives Schreiben – Zeitung I. 22. bis 24. Februar: Redigieren – Zeitschrift. 22. bis 24. Februar: Crossmedia für Fachzeitschriften.

ABZV, Bonn. 27./28. Februar in Blaubären: Kreatives Schreiben.

ADB, München. 18. Januar: Lektorat kompakt.

ADR, Rottenburg-Stuttgart. 24. bis 27. Februar: Medien verstehen – Mit und in Medien arbeiten. 28. Februar bis 3. März: Schreibpraxis.

AFP, Hamburg. 16. bis 18. Januar: Kreatives Schreiben. 13. bis 15. Februar: Schreibwerkstatt. 23./24. Februar: Redigieren. 24./25. Februar: Ab 10.000 Zeichen aufwärts. 27. bis 29. Februar: Recherche intensiv.

AKAD, Berlin. 17. Januar: Beginn des 5-wöchigen Onlinekurses „Erfolgreich als Autor. 15. Februar: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Biographisches Schreiben“. 23. Februar: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Sachbuch schreiben“.

ANM, Kulmbach. 30. Januar bis 3. Februar: Handwerk III – Feature & Reportage, Leitartikel & Kommentare, Glosse, Interview.

APB, Tutzing. 2./3. Februar: Neu, gut, besser? Innovationen als Medienthema.

BJS, Berlin. 17./18. Januar: Systematik der Recherche und Strategien der Gesprächsführung. 18./19. Januar: Kreativ schreiben. 25./26. Januar: Schreiben mit Witz und Pointe. 30./31. Januar: Einfach schreiben – Texten mit Erfolg. 8./9. Februar: Presse- und Medienrecht. 14./15. Februar: Sachtexte mit Nutzwert schreiben. 15./16. Februar: Schreiben auf den Punkt. 16. bis 28. Februar: Journalistische Darstellungsformen. 27./28. Februar: Sprache und Stil – Verständlich schreiben. 29. Februar: Richtig redigieren.

BKB, Wolfenbüttel. 29. bis 31. Januar: Beruf „Autor“.

FES/JAK, Bonn. 26. Januar: Juristisches Rüstzeug für den Journalistenalltag – Einführung in das Presserecht (Basismodul Berufsrolle und zusätzliche Qualifikationen).

IFRA, Darmstadt. 30./31. Januar: Web 2.0 und Social Media – Angebote, Grundlagen und Praxis. 1./2. Februar: Drehen, Schneiden, Vertonen – Einstieg

in die Online-Videoproduktion für Print- und Online-Redakteure.

JSR, Essen. 23. bis 27. Januar: Markt, Mächte und Medienpolitik. 27. Januar: Pressefreiheit und Pressekodex. 30. Januar bis 3. Februar: Justizberichterstattung und Presserecht. 3. Februar: Rechte und Pflichten des Journalisten und Presserecht.

KEP, Wetzlar. 11. Februar: Von der Idee zum eigenen Buch.

KLARA, Berlin. 25./26. Januar: Texte bearbeiten. 27./28. Januar: Social Media für Journalisten.

MAZ, Luzern. 16. bis 20. Januar: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags. 31. Januar bis 2. Februar: Medienethik – Fairer Journalismus und seine Grenzen. 1. Februar: Schreiben wie eine Schriftstellerin. 20./21. Februar: Medienrecht Grundlagen – Im Zweifel für ... 24. Februar: Einblick ins journalistische Schreiben.

MH, Hamburg. 4./5. Februar: Einführungskurs Datenjournalismus. 18./19. Februar: Redigieren.

TA, Augsburg. 25./26. Januar in München: Textwerkstatt I + II. 14./15. Februar in Frankfurt: Textwerkstatt I + II. 16. Februar: Kompaktkurs Rechtschreibung.

Journalistische Themen

ABP, München. 6. bis 10. Februar: Sportjournalismus. 27. bis 29. Februar: Der Gerichts- und Polizeireporter. 27. bis 29. Februar: Wissenschaftsjournalismus.

ANM, Kulmbach. 22. bis 24. Februar: Sportberichterstattung.

ARD.ZDF, Nürnberg. 27. bis 29. Februar: Wahlforschung bei Infratest dimap.

BJS, Berlin. 1. bis 3. Februar: Die Gerichtsreportage. 6./7. Februar: Parlamentsjournalismus.

MAZ, Luzern. 23. bis 25. Januar: Kultur und Journalismus – Die Kunst der Kritik.

Journalistische Formen

ABP, München. 13. bis 16. Februar: Reportage I + II.

AFP, Hamburg. 23. bis 25. Januar: Das Print-Interview. 30. Januar: Kleine Texte. 27. Februar bis 1. März: Die Magazingeschichte.

BJS, Berlin. 16. bis 18. Februar: Nachrichten schreiben – Mit Klarheit und Substanz. 20./21. Februar: Interview für Printmedien. 22./23. Porträts schreiben. 24./25. Februar: Die Reportage. 27./28. Februar: Kommentar, Rezension, Glosse.

FES/JAK, Bonn. 2./3. Februar in Hamburg: Souverän fragen – Politische Man-

datsträger im Interview. 1./2. März in Berlin: Souverän fragen – Politische Mandatsträger im Interview. (Basismodule Politikberichterstattung).

JA, München. 4./5. Februar: Headlines, Teaser, Nachrichten. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).

JSR, Essen. 16. bis 20. Januar: Reportage. 7./8. Februar: Interviewtraining. 9./10. Februar: Interviewtraining.

KEP, Wetzlar. 10./11. Februar: Grundformen in Journalismus. 24. bis 26. Februar: Die Reportage.

KLARA, Berlin. 30./31. Januar: Das Interview. 13./14. Februar: Stories entdecken und entwickeln.

MAZ, Luzern. 17. bis 20. Januar: Interview – Im Dialog ermitteln und vermitteln. 13. Februar: Reportage – Wir gehen näher ran.

Journalismus online

ABP, München. 16. bis 18. Januar: Online-Texten – PR und UK. 30. Januar bis 2. Februar: Online-Texten. 13. Februar: Mobile Content.

AFP, Hamburg. 16./17. Januar: Online-Tools. 26./27. Januar: Texten fürs Web. 1. bis 3. Februar: Die Audioslideshow.

ARD.ZDF, Nürnberg. 9./10. Februar: Multimedial denken und planen.

BJS, Berlin. 19. bis 21. Januar: Einführung in den Online-Journalismus. 21. bis 25. Januar: Webvideos.

FES.JAK, Bonn. 30. Januar bis 2. Februar, 7. Februar: Social Media – Impuls-Webinar für Neugierige an fünf Abendterminen. 27. bis 29. Februar: Social Media – Diskurs-Webinar für Fortgeschrittene an drei Abendterminen. (Basismodule Berufsrolle und zusätzliche Qualifikationen)

HFS, Frankfurt. 24. Februar: Videos im Netz – Video-Workshop für Onliner.

IFRA, Darmstadt. 30./31. Januar: Web 2.0 und Social Media. 1./2. Februar: Online-Videoproduktion – Drehen, Schneiden, Vertonen.

IFP, München. 5. bis 7. Februar: Videojournalismus für Onliner – Crossmedial arbeiten.

JA, München. 30. Januar bis 1. Februar: Contentmanagement für Online-Redaktionen. 24./25. Februar: HTML für Redaktionen. 27. bis 29. Februar: Suchmaschinenoptimiert texten. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).

JSR, Essen. 13. bis 15. Februar: Journalismus 2.0 – Erfolgreich Recherchieren, Publizieren und Vernetzen.

KEP, Wetzlar. 4. Februar: Journalismus und Web 2.0.

MAZ, Luzern. 8. Februar: Multimedia III – Produzieren fürs Web. 10. Februar: Multimedia III – Produzieren fürs Web.

16./17. Februar: Bilder fürs Web II – Audioslides für Fortgeschrittene. 20. Februar: Multimedia III – Produzieren fürs Web. 27. Februar: Multimedia III – Produzieren fürs Web.

MH, Hamburg. 21./22. Januar: Online-Journalismus. 25./26. Februar: Schreiben fürs Web.

TA, Augsburg. 24. Januar in Stuttgart; 2. Februar in Hamburg; 16. Februar in Düsseldorf: Kompaktkurse Texten in Internet und E-Mails. 8. Februar in München: Kompaktkurs Social Media.

Layout / Infografik

ADB, München. 2. Februar: Grafik für Nicht-Grafiker in Verlagen.

BJS, Berlin. 16./17. Januar: Layout mit InDesign für Fortgeschrittene. 28./29. Januar: Magazin-Design – Layouten wie die Profis. 2./3. Februar: Layout mit InDesign.

BKB, Wolfenbüttel. 20. bis 22. Januar: Einführung in PhotoShop.

IFRA, Darmstadt. 23./24. Januar: Softproof in Vorstufe und Druck.

MAZ, Luzern. 18./19. Januar: Layout – Sehen und sehen lernen.

MAC, München. An den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin werden laufend zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, PhotoShop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).

Volontäre

ABP, München. 30. Januar bis 10. Februar: Grundkurs II – Zeitung. 6. bis 17. Februar: Grundkurs II – Zeitschrift. 27. Februar bis 2. März: Grundkurs I – Online. 27. Februar bis 9. März: Grundkurs Unternehmenskommunikation.

ABZV, Bonn. 23. Januar bis 3. Februar: Grundkurs A1. 30. Januar bis 10. Februar in Stuttgart: Volontärseminar Grundlagen. 6. bis 17. Februar: Aufbaukurs II.

AFP, Hamburg. 6. Februar bis 2. März: Volontärskurs Print und Online. 6. bis 17. Februar: Radio.

BJS, Berlin. PhotoShop Aufbaukurs – Freistellen und Ebenenmasken.

KLARA, Berlin. 20. Februar bis 16. März: Volontärskurs Printmedien. 20. Februar bis 30. März: Der große Volokurs.

RTL, Köln. 23. Januar bis 3. Februar: Volontärskurs – Grundlagen und Handwerk des Journalismus. 7./8. Februar:

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de	www.hoerfunkschule-frankfurt.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de	IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de	IFRA Fon 061 51 / 733 – 6, www.wan-ifra.org
ADR Fon 07 11 / 16 40 726, www.seminarprogramm.info	ISFF Fon 030 / 200 92 – 74 42, www.isff-berlin.eu
AFP Fon 040 / 41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de	JA Fon 089 / 167 51 – 06, www.journalistenakademie.de
AGI Fon 023 65 / 91 89 – 0, www.grimme-akademie.de	JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de	JWV Fon 0 30 / 51 65 38 72, www.journalistenzentrum-jwv.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de	KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
ANM Fon 092 21 / 13 16, www.bayerische-medienakademien.de	KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
APB Fon 081 58 / 256 – 0, www.apb-tutzing.de	KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
ARD.ZDF Fon 09 11 / 96 19 – 0, www.ard-zdf-medienakademie.de	MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, http://bet.de	MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
BFH Fon 03 31 / 58 56 58 – 90, www.filmhausbabelsberg.de	MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
BJS Fon 030 23 27 60 02, www.berliner-journalisten-schule.de	MFW Fon 089 / 20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de	MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
FES/JAK Fon 02 28 / 883 -7124, www.fes.de/journalistenakademie	MQ Fon 02 21 / 29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
FES/MUP Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes-mup.de	MSD Fon 030 / 30 87 93 15, www.masterschool.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de	NK Fon 043 31 / 14 38 – 11, www.nordkolleg.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de	RTL Fon 02 21 / 456 76 400, www.rtl-journalistenschule.de
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.muenster.org/filmwerkstatt	TA Fon 08 21 / 41 90 36 – 0, www.textakademie.de
FV Fon: 089 / 74 89 99 21, www.fotovisuelle.de	VDZ Fon 030 / 72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
HFS Fon 069 / 92 10 74 05,	VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

Storytelling Masterclass mit Walter-media. 25./26. Februar: Praktikums-TV-Workshop – auf dem Weg zum Volontariat.

Fotografie

AFP, Hamburg. 10. Februar: Bildrechte.
AKAD, Berlin. 24. Januar: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Digitale Fotografie“.
AM, Düsseldorf. 1./2. März: Fotos bearbeiten – Workshop PhotoShop.
BJS, Berlin. 16./17. Februar: Fotografie in der Praxis. 20. bis 22. Februar: PhotoShop – Digitale Fotografie und Bildbearbeitung.
FV, München/Köln. Fotogrunderkurse für Frauen in München und Köln, Fotoworkshops für Frauen in Andalusien.

Termine: www.fotovisuelle.de.
MAZ, Luzern. 16./17. Januar: Bilder fürs Web I – Fotografieren, Verarbeiten, Publizieren.

Hörfunk

AFP, Hamburg. 2. bis 4. Februar: Die Textperson.
ANM, Kulmbach. 13. bis 17. Februar: Sprach- und Sprechtraining.
ARD.ZDF, Nürnberg. 6. bis 8. Februar: Das Wetter im Radio. 22. bis 24. Februar: Radiomoderation vor Publikum.
BJS, Berlin. 6./7. Februar: Sprechtraining fürs Mikrofon.
HFS, Frankfurt. 21. Januar: Fürs Hören schreiben – Moderieren und Texten für das Radio. 21. Januar: Einführung in den digitalen Schnitt. 28. Januar: Spre-

chen und Präsentieren vor dem Mikrofon I. 28. Januar: Trainingsworkshop Reportage. 3. Februar: Grundkurs Radio – Die Arbeit im Studio. 4. Februar: Musikjournalismus im Radio – Zwischen Abwechslung und den stärksten Hits. 11. Februar: Kino im Radio – Die Filmkritik. 11. Februar: Vollsperrung auf der A5 nach Sturm und Hagel – Service und Wetter im Radio. 15. Februar: Sprechen und Präsentieren vor dem Mikrofon II.
KEP, Wetzlar. 3./4. Februar: Crashkurs Radio I.
MAZ, Luzern. 16./17. Januar: Professionelle Präsentation I – Das ist mein Stil am Mikrofon.
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MH, Hamburg. 11./12. Februar: Sprechen für Radio und Fernsehen.
MQ, Köln. 17. Januar: Personality in den News – Vom Nachrichtenredakteur zum News-Anchor. 18./19. Januar: Radiohandwerk für Print- und Onlinejournalisten.

Film & TV

ABP, München. 4./5. Februar: Drehbuchwerkstatt I + II + III. 6. bis 10. Februar: Der Videoreporter.
AFP, Hamburg. 20. bis 22. Februar: TV-Dokus und Reportagen.
AGI, Marl. 19./20. Januar: Postproduktion – Nonlineares Editing und Mischen. 27./28. Januar: Crossmedia – Fernsehen und Internet (Seminar für Lokal-TV-Mitarbeiter in Brandenburg). 23./24. Februar: Der Pitch – Seminar für den Fernseh Nachwuchs.
ANM, Kulmbach. 17. Januar – 20. Mai: Videoreporter Crossmedia.
ARD, ZDF, Nürnberg. 16. bis 20. Januar: Final Cut Pro – Basistraining. 23. bis 25. Januar: Fernseherklärstücke. 23. bis 26. Januar: Adobe After Effects – Anwendertraining. 23. bis 26. Januar: Die Filmabnahme – Lange Formate. 6. bis 9. Februar: Fernsectexten für lange Formate. 6. bis 10. Februar: Videojournalismus – Basistraining. 7. bis 9. Februar: Fernsehen – Erzählen und Erklären mit Grafik. 7. bis 10. Februar: Fernsectexten für Magazine. 8. bis 10. Februar: Fernseh-Storytelling – Hollywood für den Fernseh Alltag. 12. bis 16. Februar: Fernsehmoderation für Magazine. 12. bis 17. Februar: Krisen- und Kriegsberichterstattung. 13. bis 17. Februar: Videojournalismus – Vertiefung. 22. bis 24. Februar: Fernsehbeitragsplanung – Vom Thema zur Geschichte. 24. Februar bis 1. März: Fernsehen – Studiotraining Regie. 27. Februar bis

2. März: Fernsehporträt und Personalisierung. 27. Februar bis 2. März: Fernsehen – Studiotraining.
BET, Hamburg. 6. bis 8. Februar: TV-Produktionsmethoden. 10. Februar: File-Technologie.
BFH, Potsdam-Babelsberg. 27. Januar: Podiumsdiskussion – Pro & Contra eCasting.
BJS, Berlin. 28./29. Januar: Castingworkshop – Fit im Internet. 16./17. Januar: Moderation und Präsentation im Fernsehen. 17./18. Februar: Das Auge hört mit – Texten fürs Fernsehen. 29. Februar bis 18. März: Intensivtraining Videojournalismus.
FES/JAK, Bonn. 6. bis 9. Februar: Fernsehdokumentationen – Wie biete ich meine Geschichte einem Sender an? (Basismodul Medienpraxis).
FHB, Hamburg. 21./22. Januar: A film is a film is a film is a short film. 28./29. Januar: Worum geht es? Schreiben für Independent-Filme. 3. bis 5. Februar: Einführung in das Drehbuchschreiben. 25./26. Februar: Ein guter Film ist nur so gut wie seine Recherche.
FHF, Frankfurt. 20. bis 22. Januar: Dokumentarfilmproduktion von A bis Z. 27. bis 29. Januar: Lichtgestaltung in der Praxis. 27. bis 29. Januar: Faszination Trickfilm – Wie erwecke ich meine Charaktere zum Leben? 3. bis 5. Februar: Schreibwerkstatt Drehbuch. 24. bis 26. Februar: Vom Kopf auf die Füße – Von der Regieanalyse zur Regiearbeit. 2. bis 4. März: Drehplan und Kostenfallen – Produktionsleitung.
FM, Münster. 27. bis 29. Januar: Regieassistenz. 4./5. Februar: Grundlagen der Filmtonaufnahme.
IFRA, Darmstadt. 1./2. Februar: Online-Videoproduktion: Drehen, Schneiden, Vertonen – Einstieg für Print- und Online-Redakteure.
IFP, München. 15. bis 20. Januar: Fernseh-Grundkurs. 26. Februar bis 2. März: Fernseh-Aufbaukurs.
ISFF, Berlin. 20. Februar bis 13. Juni: Ausbildung zum Fiction Producer.
JA, München. 4./5. Februar: Grundlagen des Videojournalismus. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KFH, Köln. 16. bis 20. Januar: Produktion – EB-Technik und Realisation. 27. bis 29. Januar: Intensivworkshop Kamera & Licht. 6. bis 10. Februar: Entertainment-Producing – Kaufmännisches und Rechtliches
KLARA, Berlin. 16./17. Februar: In zwei Tagen zum Videojournalisten.
MAZ, Luzern. 30. Januar bis 3. Februar: Videojournalismus für Einsteigerinnen – Drehen, schneiden, texten.
MFW, München. 17. Januar: Crashkurs EB-Assistent. 21. Januar: Filmprojekte

mit Kindern und Jugendlichen. 28. Januar: Erfolgreich Fernsehskripts schreiben. 28. Januar: Low-Budget-Spielfilmproduktion. 4. Februar: Filmfestivals und -märkte richtig nutzen. 4. Februar: HD/SLR-Workshop. 4. Februar: Selbstvermarktung für Schauspieler. 11. Februar: Einführung in die Lichtbestimmung. 11. Februar: Zwei Tage = ein Film. 18. Februar: Camera Acting. 18. Februar: Werbe- und Wirtschaftsfilmproduktion. 25. Februar: Hands on Stereo3D. 25. Februar: Moderationstraining. 25. Februar: Stoffentwicklung mit „The human factor“. 3. März: 4-Day Film School: From Idea to Premiere. 3. März: Berufsrecht für Filmschaffende. **MH, Hamburg.** 1. bis 4. März: Einführungskurs Videojournalismus. **MSD, Berlin.** 21. Januar: Mystery – Theorie. 22. Januar: Mystery – Praxis. **RTL, Köln.** 17./18. Januar: Intensivtraining Reporterschalt. **VSM, München.** 16. Januar: HD-Videofilmen in Perfektion mit HDV- und AVCHD-Camcordern. 21. Januar: HD-CASABLANCA-Bearbeitung – HD-Spezialkurs für BOGART. 18. Februar: ARA-BESK 5 (Blu-ray + DVD) in Casablanca-Systemen – Perfekt gestaltete DVDs/BDs selbst programmieren und produzieren.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 16. bis 18. Januar: Rhetorik. 19./20. Januar: Stimmbildung. 19./20. Januar: Community Management – PR. 26./27. Januar: PR 2.0 – Public Relations im Web. 23. bis 25. Januar: Kreatives Schreiben – PR I. 14. bis 16. Februar: Freie Journalisten – Existenzgründung. 1./2. März: Reden schreiben I + II. **ABZV, Bonn.** 23./24. Januar: Dranbleiben, Weitermachen – Coaching nach dem Coaching. 25. bis 27. Januar: Coaching – Neue Aufträge, neue Stellen. 6./7. Februar: Führungskräfte-Qualifizierung für Redaktionen. 29. Februar: Führungskräfte-Qualifizierung – Modul I. **ADB, München.** 16. Januar: Führungsaufgaben in Verlagen. 16. Februar: Freies Lektorat – Sicher redigieren. 16. Februar: Führen in der Fachzeitschriftenredaktion. 27. Februar in Berlin: Freies Lektorat -Sicher redigieren. **AFP, Hamburg.** 20. bis 22. Februar: Öffentlichkeitsarbeit und PR für Einsteiger. 1./2. März: Die Mitarbeiterzeitschrift. **AKAD, Berlin.** 31. Januar: Beginn des 4-wöchigen Onlinekurses „Marketing mit Webvideos“. **ARD.ZDF, Nürnberg.** 18. bis 20. Januar:

Erfolgsfaktor Persönlichkeit. 24. bis 26. Januar: Konflikte konstruktiv bewältigen – In jedem Problem steckt eine Chance. 24. bis 26. Januar: Kollegen führen Kollegen. 6. bis 8. Februar: Erfolgreich arbeiten im Team. 9./10. Februar: Gelassenheit im Arbeitsalltag. 15. bis 17. Februar: Love it, change it or leave it – Selbstführung und Selbstmanagement. 27./28. Februar: Wege aus der E-Mail-Falle – Der effiziente Umgang mit E-Mails. 27./28. Februar: Lebendig und wirkungsvoll reden – Stimme, Ausdruck und Rhetorik. 28./29. Februar: Schneller lesen – mehr behalten. **BJS, Berlin.** 16./17. Januar: Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. 18. Januar: Interne Kommunikation. 19./20. Januar: Pressekonferenzen und -veranstaltungen. 23./24. Januar: Fundraising – Texte und Konzepte, die Spender überzeugen. 23./24. Rhetorik – Einfach eindrucksvoll reden. 25./26. TV-Training für Pressesprecher. 26./27. Januar: Social-Media-PR – Grundlagen. 30./31. Januar: Social-Media-PR für Fortgeschrittene. 6./7. Februar: Krisenkommunikation. 8./9. Februar: Auftritt

und Wirkung – (Sich) überzeugend präsentieren. 20./21. Februar: Professionelle PR-Konzeption. **BKB, Wolfenbüttel.** 7./8. Februar: Crashkurs Gesprächsführung – Überzeugen statt überreden. 8. bis 10. Februar: Wie angelt man sich einen Millionär – Fundraising. **FES / MUP, Bonn.** 16. bis 20. Januar in Würzburg: Moderieren und Leiten. 27. Februar bis 2. März in Bad Münster-eifel: Rhetorik-Basis. **JA, München.** 24. bis 25. Februar: Controlling mit Excel – Soll und Ist vergleichen, Abweichungen analysieren. 25. Februar: Sprechertraining – Frei reden vor Gruppe, Mikrofon und Kamera. (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt). **JWV, Eichwalde (bei Berlin).** 18./19. Januar in Düsseldorf: Zeitschriften für Mitarbeiter, Mitglieder und Kunden. 26. Januar in Düsseldorf: Pitches – Agenturpräsentationen unter der Lupe. 14. Februar: Im Dialog – Umgang mit Presse, Funk und Fernsehen. **KEP, Wetzlar.** 20. Januar: Besser schreiben mit Luther, Goethe und Co. 17./18. Februar: Das ABC der Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit. 17./18. Februar: Grundkurs Rhetorik. **KLARA, Berlin.** 23./24. Januar: Die Pressemitteilung. 6. bis 10. Februar: Fortbildung zum Pressesprecher. **MH, Hamburg.** 27. bis 29. Januar: Grundkurs Pressearbeit. **MQ, Köln.** 26./27. Januar: Konferenzen leiten für Profis I. 27. bis 28. Januar: Seminare leiten für Profis, Gruppe II. **NK, Rendsburg.** 1./2. März: Freies Lektorat I – Sicher redigieren I. **VDZ, Berlin.** 24. Januar: Schwierige Gesprächssituationen meistern – Souverän und lösungsorientiert argumentieren. 2. Februar: Den crossmedialen Workflow effizient organisieren – Optimale Redaktionsorganisation und nachhaltige Integration von Social Media, Communities und Blogs.

termine

Journalismus

Henri Nannen-Preis
HAMBURG. Für den Preis des Zeitschriftenverlags Gruner + Jahr und seines Magazins stern können herausragende journalistische Print- und Online-Arbeiten, die 2011 in deutschsprachigen Medien erschienen sind, eingereicht werden. Die Auszeichnung wird in fünf Kategorien vergeben: Reportage, Investigation, Dokumentation, Essay, Foto-reportage. Zusätzlich vergibt die Jury einen Sonderpreis für „herausragendes Eintreten für die Unabhängigkeit der Presse im In- und Ausland“ sowie für das „publizistische Lebenswerk“ eines Journalisten. Dotierung: Insgesamt 35.000 €. Einsendeschluss: 4. Januar. Informationen: Henri Nannen Preis, Fon: 040 / 37 03 – 7317, E-Mail: wettbewerb@henri-nannen-preis.de, Internet: www.henri-nannen-preis.de.

Axel-Springer-Preis für junge Journalisten
BERLIN. Der Axel-Springer-Preis für junge Journalisten wird in den Kategorien Print, Fernsehen, Hörfunk, Internet vergeben. Die Kategorie Print untergliedert sich nochmals in die Rubriken „Lokale / Regionale Beiträge“, „Überregionale / Nationale Beiträge“, „Beiträge aus Wochen-/Monatspublikationen“. Alle Beiträge sollen aktuellen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und/oder gesellschaftlichen Themen gewidmet sein. Die Arbeiten müssen 2011 erstmalig in einem deutschsprachigen Medium veröffentlicht worden sein; ihre

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030/255 94 – 180
Fax: 030/255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 16 gültig ab 1.1.2011
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171/343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711/700 15 30. Fax: -10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030/69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller Tel. 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 12.2011: 21.11.2011
M 1–2.2012: 20.01.2012
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

19. bis 25. Februar 2012 in Hannover: dju Seminar

Reportage-Fotografie „Arbeitswelten“

Aufgabe in diesem Seminar ist es, die Arbeitswelt eines Menschen in Form einer Bildgeschichte zu fotografieren. Dazu möchte das Seminar Grundlagen im Geschichtenerzählen vermitteln und darüber hinaus auch gestalterische Fähigkeiten entwickeln helfen.

Leitung: Prof. Rolf Nobel, FH Hannover, Studiengang Fotojournalismus und Dokumentarfotografie. Fachhochschule Hannover und Umgebung. Abteilung Design und Medien. Expo Plaza 2, 30539 Hannover

Teilnehmerzahl: Maximal 18. Alle müssen einen Laptop mitbringen und eine digitale Kamera zum Arbeiten.

Seminarkosten: Für dju/ver.di-Mitglieder: 300,00 Euro, für Nichtmitglieder: 400,00 Euro (+ Übernachtung/Verpflegung). Zimmer sind reserviert: Pension Messe-Blick, Hildesheimer Str. 144, Hannover-Laatzten, Tel. 0511 – 823 70 50, Ü/F 35,00 Euro müssen selbst bezahlt werden.

Programm: <http://dju.verdi.de>. **Anmeldung bis 3. Februar 2012 an:** ver.di Bundesverwaltung / RS 4 – dju-Bundesgeschäftsstelle / z. Hd. Andje Raudszus (andje.raudszus@verdi.de) Postadresse: 10112 Berlin

Verfasser dürfen zu diesem Zeitpunkt nicht älter als 33 Jahre gewesen sein. Dotierung: Insgesamt 54.000 €. Einsendeschluss: 9. Januar. Informationen: Axel-Springer-Preis für junge Journalisten, Fon: 030 / 25 91 – 788 05, E-Mail: aspreis@axel-springer-akademie.de, Internet: www.axel-springer-preis.de.

Deutsch-Polnischer Journalistenpreis
POTSDAM. Prämiiert werden die besten Beiträge, die über das jeweilige Nachbarland fair und offen berichtet haben. Die Veröffentlichungen sollen dazu beitragen, das Wissen von Deutschen und Polen übereinander zu erweitern sowie das gegenseitige Verständnis von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu verbessern. Zugelassen sind Print-, Hörfunk, Fernseh- oder On-linebeiträge aus dem Jahr 2011. Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: Geschäftsstelle Deutsch-Polnischer Journalistenpreis, Fon: 03 31 / 866 12 82, E-Mail: Manfred.Krohe@stk.brandenburg.de, Internet: www.deutsch-polnischer-journalistenpreis.de.

ACHEMA-Medienpreis

Frankfurt. Gut recherchierte und verständlich aufbereitete journalistische Beiträge sind die Grundlage, um Wissenschaft und Technik für die Gesellschaft transparent und im Alltag erlebbar zu machen. Die DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e.V. prämiiert medienübergreifend einen journalistischen Beitrag, der Wissenschaft und Technik für die breite Öffentlichkeit transparent macht. Zugelassen sind Beiträge, die zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2011 in einem Print-, TV-, Hörfunk- oder Onlinemedium publiziert wurden. Dotie-

rung: 10.000 €. Einreichschluss: 16. Januar. Kontakt: DECHEMA e.V., Fon: 069 / 75 64 – 277, E-Mail: presse@dechema.de, Internet: www.dechema.de.

DIHK-Journalistenpreis

KÖLN. Der Ernst-Schneider-Preis der Deutschen Industrie- und Handelskammer für Wirtschaft in Presse, Fernsehen, Hörfunk zeichnet Journalisten aus, deren Beiträge in allgemein verständlicher Weise wirtschaftliches Wissen und die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge vermitteln und damit einen Beitrag zur Darstellung der Wirtschaftsordnung leisten. Zugelassen sind Beiträge aus dem Jahr 2011 der Kategorien Presse, Fernsehen, Hörfunk und Internet. Dotierung: Insgesamt 72.500 €. Einsendeschluss: 20. Januar. Kontakt: Ernst-Schneider-Preis der deutschen Industrie- und Handelskammern e. V., Christian Knull, Fon: 02 21 / 16 40 – 157, E-Mail: christian.knull@koeln.ihk.de, Internet: www.ernst-schneider-preis.de.

Andere-Zeiten-Preis „Advent“

HAMBURG. Advent ist die Zeit der Verheißung, der Träume und Sehnsüchte. Wie erleben die Menschen diese Wochen? Der ökumenische Verein Andere Zeiten möchte Journalisten anregen, sich mit dieser Zeit zu beschäftigen. Für den Journalistenpreis zum Thema „Advent“ werden die Geschichten hinter dem Kerzenschein und dem alltäglichen Gedränge gesucht. Zugelassen sind Print- und Hörfunkbeiträge, die zwischen 1. November 2011 und 15. Januar 2012 veröffentlicht werden. Dotierung: 6.000 €. Einsendeschluss: 30. Januar 2012. Kontakt: Verein Andere Zeiten, Iris Macke, Fon: 040 / 47 11 – 27 50, E-Mail: macke@anderezeiten.de, Internet: www.anderezeiten.de.

KAS-Lokaljournalistenpreis

BERLIN. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zeichnet Journalisten und Redaktionen aus, die Vorbildliches für den deutschen Lokaljournalismus geleistet haben. Prämiiert werden „Beiträge zu beliebigen Themen“, „kontinuierliche Berichterstattung“, „beispielhafte Initiativen und Aktionen“, „Konzepte und Serien“ sowie „Text-Bild-Kompositionen“. Die Arbeiten müssen 2011 im Lokalteil einer deutschen Zeitung veröffentlicht worden sein. Dotierung: Insgesamt 7.500 €. Einsendeschluss: 31. Januar. Kontakt: Konrad-Adenauer-Stiftung, Susanne Kophal, Fon: 030 / 269 96 – 32 16, E-Mail: susanne.kophal@kas.de, Internet: www.kas.de.

Medtronic Medienpreis

FRANKFURT. Ob in der Diagnostik oder bei der Behandlung von Krankheiten – Medizintechnik ist aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken. Mit der Auslobung des „Medtronic Medienpreises – Medizin Mensch Technik“ soll die Qualität der Berichterstattung über diese innovativen Technologien gefördert werden. Zugelassen sind Beiträge aller Mediensparten aus dem Jahr 2011. Dotierung: Insgesamt 15.000 €. Einsendeschluss: 31. Januar. Kontakt: Info-Büro Medtronic Medienpreis, c/o Topcom Communication, Fon: 069 / 33 00 89 38, E-Mail: info@medtronic-medienpreis.de, Internet: www.medtronic-medienpreis.de.

Concordia-Publizistikpreis

WIEN. Der Presseclub Concordia der österreichischen Journalisten und Schriftsteller vergibt den „Concordia-Preis“ für besondere publizistische Leistungen zum Schutze der Menschenrechte sowie der Presse- und Informationsfreiheit. Beiträge für die Kategorie Menschenrechte müssen in Österreich erschienen sein oder einen engen Bezug zu Österreich haben. Beiträge zum Thema Presse- und Informationsfreiheit sind nicht auf das Gebiet Österreichs beschränkt. Berücksichtigt werden Leistungen aus den Bereichen Print und elektronische Medien. Dotierung: Insgesamt 7.400 €. Einsendeschluss: 31. Januar. Kontakt: Presseclub Concordia, Fon: 00 43 / (0)1 / 533 85 73, E-Mail: office@concordia.at, www.concordia.at.

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik

BONN. Ausgezeichnet werden 2011 publizierte Zeitungs-, Zeitschriften-, Hörfunk- und Fernsehbeiträge sowie Arbeiten der wissenschaftlichen Publizistik, die sich beschreibend, analysierend

oder kommentierend mit Themen der Wirtschaft unter ordnungspolitischen Vorzeichen befassen. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Am mit 5.000 € dotierten Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik können Journalisten und Wissenschaftler bis zu 35 Jahren teilnehmen. Einsendeschluss: 1. Februar. Kontakt: Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Fon: 02 28 / 539 88 – 0, E-Mail: info@ludwig-erhard-stiftung.de, Internet: www.ludwig-erhard-stiftung.de.

Quandt-Medienpreis

BAD HOMBURG. Der Herbert-Quandt-Medien-Preis würdigt außergewöhnliche deutschsprachige Print-, Hörfunk- und Fernsehbeiträge zu Themen aus der Wirtschaft. Gesucht werden spannende Reportagen, klärende Analysen, beispielhafte Präsentationen oder innovative Formate aus dem Jahr 2011. Preiswürdig ist neben der sorgfältigen Auswahl und Deutung von Fakten die Qualität des Beitrags in Sprache, Stil und Verständlichkeit. Dotierung: Insgesamt 50.000 €. Einsendeschluss: 15. Februar. Informationen: Johanna-Quandt-Stiftung, Fon: 061 72 / 404 – 342, E-Mail: info@johanna-quandt-stiftung.de, Internet: www.johanna-quandt-stiftung.de.

Film

Deutscher Jugendvideopreis

REMSCHIED. Zugelassen sind alle Themen und Umsetzungsformen. Teilnehmern können FilmemacherInnen mit Wohnsitz in Deutschland bis zu 26 Jahren mit Produktionen ab dem Jahr 2010. Möglich sind Spielfilme und Dokumentationen – computergenerierte Kurzfilme, Videoclips, Musikvideos, Animationsfilme und Smartphone-Movies. Mit welcher Technik die Filme produziert werden, ist unerheblich, entscheidend sind Story und Machart. Für „The Best of Animation“ ist ein Sonderpreis vorgesehen. Die Filme werden nach Altersgruppen bewertet. Dotierung: Insgesamt 15.500 €. Einreichschluss: 15. Januar. Kontakt: Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF), Deutscher Jugendvideopreis, Fon: 021 91 / 79 42 38, E-Mail: juvi@kjf.de, <http://www.kjf.de>.

Shorts Award

MÜNCHEN. 13TH STREET verleiht den Shocking Shorts Award für den besten Kurzfilm aus Einreichungen der Genres Action, Krimi, Thriller, Mystery und Horror. Verliehen wird der Award im Rahmen des Filmfests München. Teilnehmen können alle Filmschaffenden mit deutschsprachigen Kurzfilmen bis zu

30 Minuten, die nicht älter als zwei Jahre sind. Der Sieger erhält die Möglichkeit, am „Universal Studios Filmmasters Program“ in Los Angeles teilzunehmen und sich dort Know-how bei einem Hollywood-Major Studio anzueignen. Einreichschluss: 31. Januar. Informationen: www.13thstreet.de.

Rundfunk

CIVIS Europas Medienpreis für Integration

KÖLN. Der CIVIS Medienpreis zeichnet Programme zum Thema Integration und kulturelle Vielfalt in Europa aus. Der Preis wird als europäischer Fernsehpreis, als deutscher Fernsehpreis und als CIVIS Radiopreis für deutschsprachige Programme in Europa vergeben. Der Fernsehpreis wird unterteilt in die Kategorien Information und Unterhaltung, der Radiopreis in kurze und lange Programme. Die Beiträge müssen in der Zeit vom 21. Januar 2011 bis 20. Januar 2012 gesendet worden sein. Dotierung: 30.000 €. Zusätzlich gibt es zwei mit je 5.000 € dotierte Preise: den European Young CIVIS Media Prize für Journalisten bis 32 Jahre und den CIVIS Online Media Preis für journalistisch aufbereitete Webseiten. Einreichschluss: 20. Januar 2012 Kontakt: CIVIS Medienstiftung GmbH, Fon: 02 21 / 27 75 87 0, E-Mail: info@civismedia.eu, www.civismedia.eu.

Fotografie

Glanzlichter Naturfotografie

MONREAL. Neben dem Preis für den Glanzlichter-Naturfotografen 2011 werden der Glanzlichter-Junior Award und der Fritz-Pölkling-Award vergeben. In acht Kategorien – Landschaften, Pflanzen, Kunst in der Natur, Vögel, Säugtiere, Bilder mit Tierpaaren, Pilze und Landschaftsbilder von Bergen – können Naturfotos aus aller Welt eingereicht werden. Nachwuchsfotografen bis zu 17 Jahren können sich um den Glanzlichter-Junior Award bewerben. Dotierung: Sachpreise im Gesamtwert von über 26.000 €. Einreichschluss: 15. Januar. Infos: www.glanzlichter.com.

Stipendien

Journalist in Residence

HEIDELBERG. Das Heidelberger Institut für Theoretische Studien (HITS) bietet erfahrenen Journalisten mit Schwerpunkt Wissenschaftsjournalismus ab Juli 2012 die Möglichkeit eines drei- bis sechsmonatigen vergüteten Gastaufenthalts. Das „Journalist in Residence“ – Programm ermöglicht die vertiefende

Beschäftigung mit rechnergestützter, datengetriebener Forschung unabhängig vom Druck des Tagesgeschäfts. Der Gastaufenthalt ist mit monatlich 5.000 € dotiert. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Informationen: HITS, Dr. Peter Saueressig, Fon: 062 21 / 533 – 245, E-Mail: peter.saueressig@h-its.org, Internet: www.h-its.org/deutsch/presse.

Southern African Bursary

BERLIN. Im Rahmen des Journalistenstipendiums Deutschland-Südliches Afrika können Journalisten aus den afrikanischen SADC-Staaten (Angola, Botswana, Dem. Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mozambique, Namibia, Sambia, Südafrika, Swaziland, Tansania, Zimbabwe) und aus Deutschland im Sommer 2012 in Deutschland bzw. in einem SADC-Staat bei einem Medium ihrer Wahl arbeiten und Beiträge für ihre Heimatredaktion anfertigen. Deutsche Journalisten zwischen 25 und 35 Jahren können sich bewerben. Das Stipendium beträgt 3.000 €, ein Eigenanteil ist erwünscht. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Infos: The Southern African Bursary, IJP e. V., Marco Vollmar, Postfach 310746, 10637 Berlin, E-Mail: sa-application@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Arthur F. Burns Fellowship

KÖNIGSSTEIN. Das Arthur-F. Burns Fellowship-Programm gibt 20 Journalisten aus Deutschland und den USA Gelegenheit, berufliche und persönliche Erfahrungen im jeweils anderen Land zu gewinnen. Die Stipendiaten arbeiten mindestens zwei Monate in einer Gastredaktion und berichten für ihre Heimatmedien. Zugelassen sind deutsche und US-amerikanische Journalisten im Alter zwischen 21 und 37 Jahren. Dauer: August bis September. Dotierung: Jeweils 4.000 € bzw. 5.000 US-Dollar. Bewerbungsschluss: 1. Februar. Informationen: Internationale Journalisten-Programme (IJP), Dr. Freiling, Postfach 1565, 61455 Königstein, Fon: 061 74 / 77 07, E-Mail: freiling@ijp.org, Internet: www.ijp.org.

Redaktionsstipendien in Frankreich

BERLIN/PARIS. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) unterstützt Journalisten bis zu 30 Jahren mit Redaktionsaufenthalten und Sprachkurse. Journalisten können vom DFJW ein einmonatiges Stipendium erhalten. Der Betrag beinhaltet eine Pauschale von 900 € für Unterbringung und Verpflegung sowie eine Pauschale für Fahrtkosten. Vor dem Aufenthalt können deutsche Journalisten an einem Inten-

Berichtigung – ver.di Fernsehpreis

Leider hatten wir in der Meldung zum ver.di-F Fernsehpreis in M 11 /2011, S. 4 einen Fehler. Robert Thalheim wurde für das Drehbuch zum Film „Am Ende kommen Touristen“ ausgezeichnet. Dieser Film wurde im ZDF ausgestrahlt und nicht im SWR.

siv-Französisch-Sprachkurs in Frankreich teilnehmen. Bewerbungsschluss: 31. Januar. Kontakt: Deutsch-Französisches Jugendwerk, Fon: 030 / 28 87 57 – 0, E-Mail: info@dfjw.org, www.dfjw.org/programm-fuer-junge-journalisten.

Reuters Fellowships

OXFORD. Das Reuters Institute der Oxford-University bietet Stipendien für etablierte Journalisten in der Karrieremitte mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung und sehr guten Englischkenntnissen. Journalisten aus aller Welt können drei bis neun Monate in Oxford studieren und Themen intensiv bearbeiten. Studienbeginn ist im Oktober, Januar oder April. Die Stipendiaten nehmen an Seminaren teil und verfassen Texte unter akademischen Standards. Das Stipendium umfasst die Kosten für Reise, Unterbringung und Unterhalt. Bewerbungsschluss für 2012/2013: 1. Februar. Informationen: The Reuters Institute for the Study of Journalism, Fon: 00 44 / (0)18 65 / 61 10 90, E-Mail: reuters.institute@politics.ox.ac.uk, Internet: <http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/fellowships/overview.html>.

Varia

DVD „Germaine Damar – Der tanzende Stern“

MÜNCHEN. Die für das staatliche Luxemburger Filminstitut entstandene TV-Dokumentation „Germaine Damar – Der tanzende Stern“ des Münchner Regisseurs Michael Wenk beschreibt eine märchenhafte Karriere: Die Tänzerin erhielt 1952 auf Vermittlung von Zarah Leander einen Fünf-Jahres-Vertrag beim Herzog-Filmverleih und avancierte in 28 Kinoproduktionen zum Star opulenter Revuefilme. Die einstündige Dokumentation zeichnet den Weg des Showstars nach und gibt eine Rückschau auf den deutschsprachigen Unterhaltungsfilm der 1950er Jahre. Erhältlich ist die DVD ab Mitte November beim Centre national de l'audiovisuel (CNA), Tel. 00352 / 52 24 24-1, www.cna.public.lu.

Medien, Macht und Manipulation

BERLIN. Unsere Wahrnehmung des Weltgeschehens wird entscheidend durch unsere Mediennutzung geprägt. Egal ob Fernsehen, Zeitung, Internet, Radio: In unseren Köpfen entsteht täglich ein Bild des Zeitgeschehens, das oft wenig hinterfragt wird. Ein Seminar für

Azulis und ArbeitnehmerInnen bis zu 27 Jahren wirft einen kritischen Blick hinter die Kulissen: Wie wird mit Bildern manipuliert? Welche aktuellen Entwicklungen gibt es in den Medien und welche Rolle spielen soziale Netzwerke wie Facebook? Wie unabhängig sind die Medien? Wer beherrscht die Medien? Was ist Gegenöffentlichkeit und was bewirkt sie? Wie können wir Medien sinnvoll nutzen? Termin: 2. bis 4. Februar. Ort: ver.di Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe e. V., Stöberstraße 18, 13505 Berlin. Kosteneigenbeteiligung: 30 €. Anmeldung bis 5. Januar: anne.pusch@verdi-bildungsstaette.de. Internet: www.verdi-bildungsstaette.de.

Journalismus-Ausbildungen

MÜNCHEN. Am 3. Februar 2012 starten an der Journalistenakademie Dr. Hooffacker in München die beiden 9-monatigen Lehrgänge „Journalismus cross-medial“ sowie „Audio- und Videoproduktion“. Der Stoff wird an jeweils neun Präsenzwochenenden sowie per E-Learning vermittelt. Sechs Module sind verpflichtend, weitere drei Module können individuell gewählt werden. Die Lehrgänge kosten jeweils 3.500 €, dju-Mitglieder erhalten 50 Prozent Rabatt. Infos: Journalistenakademie Dr. Hooffacker GmbH, Fon: 089 / 167 51 06, E-Mail: g.hooffacker@journalistenakademie.de, Internet: www.journalistenakademie.de.

leute

Dirk Birgel, bisher Chefredakteur der Dresdner Neuesten Nachrichten, folgte als Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung auf **Bernd Hilder**, der das Korrespondentenbüro der Mediengruppe Madsack in Brüssel leiten wird.

Franziska Bluhm, derzeit stellv. Chefredakteurin des Internetportals der Rheinischen Post, wechselt zur WirtschaftsWoche und übernimmt als Mitglied der Chefredaktion zum 1. Januar 2012 die Leitung von WirtschaftsWoche Online. **Holger Windfuhr**, bisher Art Director und Leiter WirtschaftsWoche Digital, wird nach dem abgeschlossenen Relaunch des Online-Auftritts Creative Director und Leiter Produktentwicklung. **Caroline Böhner**, zuletzt Objektleiterin

bei Facts & Figures, rückte zur stellv. Leiterin dieser Corporate Publishing-Tochter der G+J-Wirtschaftsmedien auf.

Dr. **Claus-Erich Boetzkes**, „Tageschau“-Moderator sowie Dozent für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der TU Ilmenau, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Volker Bouffier, hessischer Ministerpräsident (CDU), folgte als Mitglied des ZDF-Verwaltungsrats auf den ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten **Peter Müller** (CDU).

Kai Feyerabend, zuletzt Chefredakteur der Freizeitfahrzeug-Magazine promobil und Caravaning (Motor Presse Stuttgart), folgt in der neu geschaffenen Position eines Verlagsleiters für beide Titel auf **Adi Kemmer**, der bisher zugleich Geschäftsbereichsleiter und Verlagsleiter war. Neuer Chefredakteur von promobil wird **Dominic Vierneisel**, zuletzt stellv. Chefredakteur. **Ingo Wagner**, früher Redakteur bei Caravaning, übernimmt die Chefredaktion des Magazins. Feyerabend fungiert überdies als Herausgeber für beide Titel.

Sebastian Hirsch, bislang Chefredakteur der Zeitschrift Macwelt, löste als Chefredakteur der PC-Welt (IDG Magazine Media) **Harald Kuppek** ab, der aus gesundheitlichen Gründen ausschied. Vize-Chef neben **Andreas Perband** wurde **Christian Löbering**. Bei der Macwelt rückte die bisherige Stellvertreterin **Marlene Buschbeck-Idlachemi** zur Chefredakteurin auf. Hirsch wurde zudem zum Herausgeber der Macwelt berufen.

Valeska Homburg, bisher u. a. als Sportmoderatorin und -reporterin für SWR und ARD tätig, moderiert künftig den Sport bei n-tv.

Die Journalistenorganisation Netzwerk Recherche hat einen neuen Vorstand gewählt. **Oliver Schröm**, Leiter des Stern-Abteilung Investigative Recherche, folgte als Vorsitzender auf **Thomas Leif**, der im Sommer zurückgetreten war. Als zweiter Vorsitzender löste **Markus Grill** (Der Spiegel) **Hans Leyendecker** (SZ) ab. Schriftführer ist **Alexander Richter** (ARD-aktuell), Kassenwart **David Schraven** (WAZ-Mediengruppe). Beisitzer sind **Renate Daum** (G+J Wirtschaftsmedien), **Markus Frenzel** (Fakt), **Bernd Kastner** (SZ) und **Gert Monheim** (freier Autor, früher WDR). Zu Kassenprüfern wurden **Frank Brendel** (freier Rechercheur) und **Andreas Kolbe** (Deutschlandfunk) gewählt.

Marliese Kalthoff, früher bei der Lebensmittel Zeitung (Deutscher Fachverlag), zuletzt Leiterin Unternehmenskommunikation/Public Affairs bei der Edeka-Gruppe, folgt zum 1. Januar 2012 als stellv. Chefredakteurin der Fachzeitschrift TextilWirtschaft (dfv), zuständig für die Wirtschaftsberichterstattung, auf **Jürgen Müller**, der das Unternehmen verlässt.

Landespressekonferenz Schleswig-Holstein: In ihren Ämtern bestätigt wurden **Peter Höver** (Flensburger Tageblatt) als Vorsitzender sowie die Stellvertreter **Ulf B. Christen** (Hamburger Abendblatt), **Christiane Habenicht** (NDR-Fernsehen), **André Klohn** (dapd) und **Wolfgang Schmidt** (dpa); Schatzmeister bleibt **Andreas Otto** (Radio Schleswig Holstein/R.SH).

Christoph Plate, derzeit Auslandsredakteur bei der NZZ am Sonntag, wird im Frühjahr 2012 Mitglied der Chefredaktion bei der Schwäbischen Zeitung (Leutkirch) und unterstützt den Chefredakteur bei der Leitung der Mantelredaktion.

Stefan Raue, bisher beim ZDF Redaktionsleiter des Magazins „Blickpunkt“ und stellv. Hauptredaktionsleiter im Bereich Politik und Zeitgeschehen, löste als trimedialer Chefredakteur des MDR und Leiter des Programmbereichs Aktuelles/Zeitgeschehen **Wolfgang Kennemich** ab, der in den Ruhestand ging.

Dr. **Simone Sanftenberg** wurde als Landessenderdirektorin Rheinland-Pfalz des SWR vom Landesrundfunkrat wiedergewählt.

Julia Scharf, zuletzt Moderatorin bei SPORT 1, wechselte in das Moderatoren-Team der SWR-Sportredaktion, wo sie auch als Redakteurin und Reporterin tätig sein wird.

Christiane Scheller, bisher Internetredakteurin bei ver.di, zuletzt Projektleiterin für den Relaunch von verdi.de, folgte in der Pressestelle der ver.di-Bundesverwaltung auf **Cornelia Haß**, die in die Bundesgeschäftsführung der dju in ver.di wechselte. Damit ist die Pressestelle mit **Christoph Schmitz** (Leiter), **Martina Sönnichsen** und **Jan Jurczyk** wieder komplett.

Dr. **Hans-Martin Schmidt**, bisher im ARD-Generalsekretariat in Berlin im Bereich Medienpolitik tätig, folgte als Koordinator für Ausland und Festivals in der ARD-Programmdirektion auf **Andreas Weiss**, der in den Ruhestand trat.

Alexander von Schönburg, bislang Leiter der „Letzten Seite“ bei der Bild-Zeitung, übernimmt intern andere Aufgaben. Zuständig für die „Letzte Seite“ sind künftig die Bild-Autorin **Alexandra Würzbach** und Schönburgs Stellvertreterin **Patricia Driese**.

Hans-Albert Stechl, u. a. Rechtsanwalt für Medien- und Arbeitsrecht, Autor und ver.di-Mitglied, ist neuer Vorsitzender des SWR-Verwaltungsrats. Er wurde vom Deutschen Journalistenverband (Landesverband Baden-Württemberg) und von der ver.di-Fachgruppe Journalismus (dju) in den SWR-Rundfunkrat entsandt und von diesem in den Verwaltungsrat ge-

wählt, dem er seit 1998 angehört. Dort löst er als Verwaltungsratsvorsitzender den CDU-Politiker **Ulrich Müller** ab.

Marion von Wartenberg, stellv. DGB-Vorsitzende in Baden-Württemberg, löste als stellv. Vorsitzende des Landesrundfunkrats **Birgit Kipfer** ab.

Joachim Widmann, bislang Chefredakteur der Mediengruppe Oberfranken mit Sitz in Bamberg (u. a. Bayerische Rundschau, Fränkischer Tag, Coburger Tageblatt, Saale-Zeitung, Die Kitzinger), hat das Unternehmen verlassen. Die Verantwortung für die Lokalredaktionen übernahm **Frank Förtsch**.

Weitere Servicemeldungen / Preise im Web:

<http://mmm.verdi.de/archiv/2011/12/service>

Anzeigen

**Kleinanzeigen
schalten:
haertig@nwmd.de**

**Kleines Büro
in Bürogemeinschaft**
von Journalistinnen
in Hamburg-Ottensen
frei zum 1. Februar.
Kontakt: Maria Jansen
Tel. (040) 430 71 00

RIVIERA LEVANTO Tor zur 5TERRE

FeWo mit Balkon und Meerblick,
30 m vom Strand.
Idealer Ausgangspunkt
zum Wandern und Rad fahren.

Tel. 0039-3356871576
www.cinquetterparadise.com

Suche ab dem 01.05.2012
feste freie Stelle als Journalistin
in einer Redaktion im Raum München. Als anspruchsvoller kreativer Geist stelle ich meine journalistische Kompetenz in den Bereichen Politik, Kultur, Recht, Alte Medizin/Infektiologie, einer klassischen, niveauvollen und weltoffenen Redaktion im Rahmen einer für den Arbeitgeber kostenfreien Mitarbeit zur Verfügung, da die Stelle für ein Jahr staatlich finanziert wird.
www.journalistin-koeln.de
email: redaktion-koeln@email.de

**Pressestellenanzeigen erhalten
einen Rabatt von 30 % auf den Grundpreis.**
Bei Fragen steht Ihnen Frau Claudia Härtig unter der Telefonnummer (030)255 94 160 gern zur Verfügung.

SOZIALVERBAND
VdK
BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Michael Pausder, Pressesprecher
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089/21 17-217
Fax 089/21 17-280 • pausder@vdk.de • www.vdk-bayern.de



12 Schnittstellen ///interfaces

#LiMA12 /// Debatte, Networking und (Weiter-)Bildung:
200 Workshops in der LiMAwerkstatt sowie
Keynotes, Podien, Fachvorträge, Lesungen, Ausstellung,
Präsentationen, Theater und Party in der LiMAarena



21. - 25. März 2012 Berlin

g. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz

www.liMA-akademie.de

Jetzt anmelden und Frühbucher-Tickets zum ver.di-Sonderpreis buchen.
Workshops in den Kategorien Basis | Aufbau | Pro für Print | Foto + Grafik
Online | Ressourcen + Fundraising | Recherche | Radio + TV
Öffentlichkeitsarbeit uvm. **Anerkannt als Bildungsurlaub.**

In Kooperation mit
taz.panterstiftung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Medienpartner u.a.:

NETZPOLITIK.ORG
SEIT 2004



LE MONDE diplomatique
Der globale Blick

der Freitag
Das Meinungsmedium

www.blaetter.de
Blätter für deutsche und internationale Politik



ikosom
Institut für Kommunikation
in sozialen Medien

Helle Panke
Kommunikation



verdi PUBLIK

MENSCHEN
MEDIEN

taz. die tageszeitung

neues deutschland
DRUCK VON LINKS